

45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma

/45 years of civil rights work
of German Sinti and Roma



Katalog zur Ausstellung

„45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma“

/ Catalogue of the exhibition

“45 years of civil rights work of German Sinti and Roma”

Impressum

/ Publication details

Idee: Behar Heinemann

/ Concept: Behar Heinemann

Realisation: Behar Heinemann, Daniela Gress, Jonathan Mack, André Raatzsch, Jara Kehl, Ruhan Karakul

Layout: Stefanie Eifler

Druck: Neumann Druck, Heidelberg

/ Printing: Neumann Druck, Heidelberg

Bildrechte: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, wo nicht anders vermerkt; Gesellschaft für bedrohte Völker, Nino Nihad Pusija, Behar Heinemann, Radmila Mladenova, Minderheitensekretariat, Jens Jeske

/ Image rights: Central Council of German Sinti and Roma, unless otherwise credited; Society for Threatened Peoples, Nino Nihad Pusija, Behar Heinemann, Radmila Mladenova, Minority Secretariat, Jens Jeske.

Die Ausstellung und der Buchdruck wurden unterstützt

von den Open Society Foundations, der Freudenberg Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

/ The exhibition and printing of the book were supported by

the Open Society Foundations, the Freudenberg Foundation, the German Federal Agency for Civic Education, the Federal Government Commissioner for Culture and Media, and the Federal programme “Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit” (Live democracy! Active against rightwing extremism, violence and groupfocused enmity) of the Federal Ministry of Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth.

© Zentralrat Deutscher

Sinti und Roma, Heidelberg, 2017

www.zentralrat.sintiundroma.de

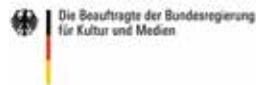
**ZENTRAL
RAT** [Deutscher
Sinti & Roma]



Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma



FREUDENBERG
STIFTUNG



Demokratie *leben!*
Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Information Titelbild → Seite 43

/ Information cover picture → page 43

Inhaltsverzeichnis

/ Table of contents

- 7 Vorwort von Romani Rose
/ Preface of Romani Rose
- 11 Geschichte und Hintergrund
/ History and background
- 15 Die Anfänge der Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma
/ The early days of civil rights work of German Sinti and Roma
- 19 Erste Bürgerrechtskampagne: Öffentlich gegen Rassismus
/ First public civil rights campaign against racism
- 23 Der Hungerstreik im ehemaligen Konzentrationslager Dachau
/ The hunger strike at the former concentration camp in Dachau
- 27 Die Suche nach den „NS-Rasseakten“
/ The search for the “Nazi race files”
- 31 Die Anerkennung des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma
/ The recognition of the Nazi genocide of the Sinti and Roma
- 35 Proteste gegen polizeiliche Sondererfassung
/ Protests against special registration by the police
- 39 Behördlicher Rassismus: Die Vertreibung von Roma-Familien aus Darmstadt
/ Racism of state authorities: Roma families driven out of Darmstadt
- 43 Keine angemessene Entschädigung NS-verfolgter Sinti und Roma
/ No appropriate compensation for Sinti and Roma persecuted by the Nazi regime
- 47 Schonung für die Mörder – Justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen
/ Clemency for the murderers – the Judiciary reviews Nazi crimes
- 51 Das Gedenken an die Opfer und die Erinnerung an den Völkermord
/ Commemorating the victims and remembrance of the genocide
- 55 Gedenken in Auschwitz
/ Remembrance in Auschwitz
- 59 Das Verhältnis zu den Kirchen
/ The relationship with the Churches
- 63 Anerkennung als nationale Minderheit
/ Recognition as a national minority
- 67 Die Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma
/ Official opening of the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma
- 71 Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas
/ The Memorial to the Sinti and Roma of Europe Murdered under the National Socialist Regime
- 75 Internationale Arbeit
/ International work
- 79 Vertreibung von Roma aus dem Kosovo
/ Eviction and expulsion of Roma from Kosovo
- 83 Der Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma
/ The European Civil Rights Prize of the Sinti and Roma
- 87 Nach sechzig Jahren: Entschuldigung für ein rassistisches Grundsatzurteil
/ After sixty years: an apology for a racist landmark decision

Vorwort von Romani Rose

Die Bürgerrechtsarbeit der deutschen Sinti und Roma ist natürlich älter als der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Bereits in den 1950er Jahren versuchte eine Gruppe deutscher Sinti die Hauptverantwortlichen des Völkermordes an Sinti und Roma in Europa vor Gericht zu bringen – leider erfolglos. Es gab im Nachkriegsdeutschland keine einzige gesellschaftliche oder politische Institution, die Sinti und Roma nach dem Holocaust, dem in Europa über 500.000 Sinti und Roma zum Opfer fielen, unterstützt hätte.

Heute, im Jahr 2017, ist der Völkermord an Sinti und Roma anerkannt. In Berlin steht das *Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas* direkt neben Reichstag und Brandenburger Tor. Sinti und Roma sind als nationale Minderheit anerkannt. Jeder einzelne Erfolg der Bürgerrechtsarbeit musste gegen massive Widerstände in Politik, Verwaltung und Gesellschaft in zum Teil jahrzehntelanger Auseinandersetzung durchgesetzt werden. Ohne die Unterstützung vieler einzelner Persönlichkeiten, ohne die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere der Medien wäre der Erfolg der Bürgerrechtsarbeit nicht möglich gewesen. Unsere Ausstellung ist deshalb all den Sinti und Roma gewidmet, die sich nach dem Ende des NS-Regimes in Deutschland und in Europa für die Rechte unserer Minderheit eingesetzt haben und ebenso all den Freunden und Unterstützern, ohne die unsere Bürgerrechtsarbeit nicht die Anerkennung gefunden hätte, die heute erreicht worden ist. Diese Ausstellung ist ebenso den jungen Menschen gewidmet, die diesen Weg, der noch lange nicht abgeschlossen ist, weiter gehen werden.

Und dennoch: alle wissenschaftlichen Studien und Umfragen wie zum Beispiel die *Mitte Studien* der Universität Leipzig oder die Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma* zeigen eine erschreckend hohe Ablehnung von Sinti und Roma. Wenn sechzig Prozent der Bevölkerung

keine Sinti oder Roma in der Nachbarschaft akzeptieren wollen, dann ist diese Zahl allein ein gesellschaftlicher Skandal. Selbst innerhalb der demokratischen Parteien ist die Ablehnung hoch, sie reicht von knapp über vierzig Prozent bei Linken und Grünen über fünfzig Prozent bei SPD und CDU/CSU zu über sechzig Prozent bei den Liberalen. Bekanntlich war die Ablehnung von Juden in den Jahren nach dem Krieg bis in die 1950er Jahre hinein ebenso hoch. Aber dann gab es die politische Entscheidung, den NS-Völkermord an den europäischen Juden anzuerkennen, und in der Folge gab es eine jahrzehntelange Anstrengung, in den Bereichen der schulischen wie der politischen Bildung den bestehenden Antisemitismus gesellschaftlich zu ächten. Erst dann konnten Juden in Deutschland wieder aus der Anonymität heraustreten, in der zu leben viele Sinti und Roma in Deutschland bis heute noch immer gezwungen sind. Heute sind auch Juden wieder in Deutschland durch den neu aufflammenden Antisemitismus gefährdet und können in Gegenden, in denen Rechtsextremisten vermutet werden, nicht offen ihre Identität zeigen. Minderheiten sind in Deutschland nach wie vor in einer Lage, in der Gefährdung jederzeit in Gefahr umschlagen kann.

Deshalb muß die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus fortgesetzt werden, und deshalb muss der gesellschaftliche Antiziganismus endlich genauso geächtet werden wie der Antisemitismus. Dies ist die Voraussetzung, um die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland zu erreichen. Denn noch immer besteht jene ungebrochene Tradition, Sinti und Roma auf der Grundlage ihrer Abstammung auszugrenzen und zu stigmatisieren. Obwohl unsere Minderheit seit über sechshundert Jahren in Deutschland ansässig ist, obwohl wir seit Generationen deutsche Staatsbürger sind, findet diese Ausgrenzung noch immer statt, im Alltag, aber eben auch durch staatliche Institutionen und zunehmend durch rechtsradikale und populistische Parteien. Es darf nicht unterschätzt werden, in welchem Ausmaß die

dauernde systematische Ausgrenzung von Sinti und Roma auch im Nachkriegsdeutschland bis heute wirksam ist. Die Wahrnehmung von Sinti und Roma wird noch immer durch diese alten Muster bestimmt und vor allen Dingen können diese alten Stereotype nahezu reibungslos von Politik oder Medien wieder aufgerufen werden. Die politische Debatte über Zuwanderung aus den Ländern des Westbalkans wurde in Deutschland auf eine Art und Weise geführt, bei der die sogenannte Einwanderung in unsere Sozialsysteme zum Synonym wurde für Migration von Roma aus diesen Ländern. Dies wiederum ist Ursache dafür, dass viele Sinti und Roma in Deutschland, gerade wenn sie in qualifizierte Berufe streben, ihre Zugehörigkeit zur Minderheit verbergen – verbergen müssen, um nicht direkte Nachteile und Ausgrenzung zu erfahren. In dieser Situation tragen Politik und Medien eine besondere Verantwortung, und es ist die gemeinsame Aufgabe von Mehrheit und Minderheit, diese andauernde Ausgrenzung zu überwinden.

Hierzu gehört auch die gemeinsame Aufarbeitung unserer Geschichte. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat in seiner Rede zur Eröffnung der 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017 im Reichstagsgebäude in Berlin gesagt: „Bequem ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nie, aber sie ist eine demokratische Tugend,“ und er zitierte dann einen jungen Studenten, der ihm nach der Gedenkstunde zum 27. Januar im Deutschen Bundestag geschrieben hatte, dass der Willen zur Aufarbeitung unserer Geschichte keine Schwäche sei, wie manche behaupteten, sondern das exakte Gegenteil: eine unserer größten Stärken.

Genau dies gilt für uns alle, dies gilt in genau gleicher Weise auch für die Sinti und Roma in Deutschland. Auch für die nach dem Krieg geborenen Generationen ist die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte qualvoll. Denn wir gedenken unserer Opfer, die im Nationalsozialismus ausgegrenzt, deportiert und ermordet wurden – und gleichzeitig müssen wir dafür kämpfen, unseren

selbstverständlichen Platz in Deutschland zu bestimmen. Die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma in Deutschland hat diesen Platz als deutsche Staatsbürger und als Angehörige einer nationalen Minderheit in Deutschland definiert: nationale und kulturelle Zugehörigkeit sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich vielfältig. Unsere Ausstellung *45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma* zeigt, dass dies nicht selbstverständlich war und ist, sondern dass diese Anerkennung gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden musste.

Wir müssen bei allen politischen Erfolgen, die in den letzten Jahrzehnten erreicht wurden, vor allen Dingen aber unseren Blick in die Zukunft richten. Junge Sinti und junge Roma sind heute in zunehmender Zahl an den Universitäten zu finden – der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wird weiter in die Bildung der nächsten Generationen investieren, in allen Bereichen, von Kunst und Musik bis zu beruflicher Bildung. Der desolaten Lage großer Teile der Roma-Bevölkerungen in den Ländern Ost- und Südosteuropas, die in dem massiven und oftmals gewaltbereiten Antiziganismus dort ihre Ursache hat, und die zum Teil zur Flucht von Roma aus einer perspektivlosen Situation führt, muss auch von Deutschland aus begegnet werden. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma unterstützt das Engagement der Bundesregierung, auch auf bilateralem Weg die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern, nachdem die jahrzehntelangen Programme unterschiedlicher nationaler und internationaler Institutionen nicht gegriffen haben, weil sie die Ursache, den massiven Rassismus gegen Roma, nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Dies alles stellt für die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma neue Herausforderungen dar. Diese ist auch nach 45 Jahren noch immer ein notwendiger Beitrag gleichermaßen für die Minderheit und mehr noch für die Mehrheit und für unsere Demokratie in Deutschland und in Europa.

/Preface of Romani Rose

It goes without saying that the civil rights work of the German Sinti and Roma is older than the Central Council of German Sinti and Roma. As early as the 1950s, a group of German Sinti attempted to bring those primarily responsible for the genocide of the Sinti and Roma in Europe before the courts – unfortunately, without success. There was not one social or political institution in post-war Germany that would have supported Sinti and Roma after the Holocaust, which had cost the lives of more than 500,000 Sinti and Roma in Europe.

Today, the genocide of Sinti and Roma is recognised. The *Memorial to the Sinti and Roma of Europe Murdered under the National Socialist Regime* is located in the direct vicinity of the Reichstag and Brandenburg Gate in Berlin. Sinti and Roma are recognised as a national minority. Every individual success of the civil rights work had to be pushed through against massive resistance in politics, administration and society after decades of debates in some cases. The success of the civil rights work would not have been possible without the support of many individual public figures, without the support of civil society organisations and particularly the media. Our exhibition is therefore dedicated to all the Sinti and Roma who stood up for the rights of our minority after the end of the National Socialist regime in Germany and in Europe and also to all the friends and supporters without whom our civil rights work would not have gained the recognition which has been achieved today. This exhibition is also dedicated to the young people who will continue on this path, which is far from reaching its end.

All the academic studies and surveys such as the “*Mitte*” studies of the University of Leipzig or the survey of the Federal Anti-Discrimination Agency *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma* [Between indifference and rejection – Population’s attitudes towards Sinti and Roma] demonstrate an alarmingly high rejection of Sinti and Roma. When sixty percent of the population do not accept Sinti or Roma in their neighbourhood,

this number is a societal scandal on its own. Rejection is high even in the democratic parties; it ranges from just over forty percent in the party Die Linke and the Greens to more than fifty percent in the SPD and CDU/CSU and more than sixty percent in the Liberals. As is generally known, the rejection of Jews was just as high in the years after the war until the 1950s. However, a political decision was made to recognize the National Socialist genocide of the European Jews followed by a sustained effort in the areas of school and political education over decades to make antisemitism socially unacceptable. Only then were Jews in Germany able to escape the anonymity, under which many Sinti and Roma in Germany are still forced to live. Nowadays, Jews in Germany are once again threatened by resurgent antisemitism and cannot openly reveal their identity in places where right-wing extremists are believed to be present. Minorities in Germany are still in a situation that could turn from threat to danger at any time.

The social and political discussion about anti-semitism must therefore be continued, and anti-gypsism must at long last be condemned in exactly the same way as antisemitism. This is the prerequisite for the equal participation of Sinti and Roma in society in Germany. The reason for this is that the unbroken tradition of excluding and stigmatising Sinti and Roma on the basis of their ethnic origins still exists. Although our minority has been established in Germany for more than six hundred years, although we have been German citizens for generations, we are still marginalized in everyday life, and even by state institutions and increasingly by extreme right-wing and populist parties.

The extent to which the persistent systematic marginalization of Sinti and Roma can still be felt and seen in post-war Germany to this day must not be underestimated. The perception of Sinti and Roma continues to be defined by these old patterns and, above all, these old stereotypes can again be almost seamlessly invoked by politicians or the media. The political debate about migration

from the countries of the Western Balkans has been conducted in Germany in a manner, in which the so-called “immigration into our social systems” has become a synonym for the migration of Roma from these countries. On the other hand, this is the reason why many Sinti and Roma in Germany conceal – have to conceal – their membership of the minority, especially if they pursue careers in qualified occupations, in order to not experience direct disadvantages and marginalization. Politicians and the media have a particular responsibility in this situation, and it is the common task of the majority and minority to overcome this persistent marginalization.

This also includes a common reappraisal of our history. President of the Bundestag, Dr Norbert Lammert, said the following in his speech at the opening of the 16th Federal Assembly in the Reichstag building in Berlin on 12th February 2017: “Facing our past is never easy, but it is a democratic virtue,” and he then quoted a young student who had written to him after the hour of remembrance in the German Bundestag on 27th January, and told him that the willingness to come to terms with our history was not a weakness, as many claimed, but the exact opposite: one of our greatest strengths.

This applies to us all, this also applies to the Sinti and Roma in Germany in exactly the same way. Coming to terms with German history is very painful, even for the generations born after the war. This is because we remember our victims, who were marginalized, deported and murdered under National Socialism, and at the same time we have to fight to determine our natural place in Germany. The civil rights work of the Sinti and Roma in Germany has defined our place as German citizens and as members of a national minority in Germany: national and cultural affiliations are not a contradiction but complement each other in a variety of ways. Our exhibition, *45 years of civil rights work of German Sinti and Roma*, shows that this was not and is still not a matter of course, but that this recognition had to be gained against considerable resistance.

Most importantly, we must look to the future despite all the successes which have been achieved in the last few decades. Nowadays young Sinti and young Roma can be found in increasing numbers at universities – the Central Council of German Sinti and Roma will continue to invest in the education of the next generations, in all areas, from art and music to vocational education. The appalling situation of large parts of the Roma populations in the countries of eastern and South-Eastern Europe, which is caused by the considerable and frequently violent antigypsism there and in some cases leads to the flight of Roma from a situation that offers no prospects, must also be confronted from Germany. The Central Council of German Sinti and Roma supports the commitment of the Federal Government to improve the situation in the countries of origin also on a bilateral basis, since the longstanding programmes of various national and international institutions have failed because they refused to acknowledge the cause: the extensive racism against Roma. All this represents new challenges for the civil rights work of the Sinti and Roma. This will still make a vital contribution to the minority and, more critically, to the majority and to our democracy in Germany and Europe in equal measure even after 45 years.

Geschichte und Hintergrund

Sinti und Roma sind in Deutschland seit über 600 Jahren beheimatet und damit heute eine alteingesessene nationale Minderheit. Gleichzeitig existieren seit Jahrhunderten Vorurteile gegenüber Angehörigen dieser Minderheit, die von versteckter und offener Diskriminierung bis hin zu rassistischer Verfolgung reichen. Bis Anfang der 1980er Jahre war kaum bekannt, dass über 500.000 Sinti und Roma von den Nationalsozialisten systematisch verfolgt und ermordet wurden.

Nach 1945 lebten die rassistischen Denkmuster des Nationalsozialismus in den staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz weitestgehend und ungebrochen fort. Eine Entschädigung für die Verfolgung der Minderheit in der Zeit des Nationalsozialismus wurde immer wieder verhindert und Strafverfahren gegen Täter wurden schnell wieder eingestellt. So konnten etwa Kriminalpolizisten, die unmittelbar an der NS-Verfolgung der Sinti und Roma beteiligt waren, ihre Karrieren auch in der Bundesrepublik Deutschland nahtlos fortsetzen. Die gleichen Polizisten erstellten Gutachten in Entschädigungsverfahren, die die rassistische Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus bestritten und leugneten. Diese Auffassung schlug sich 1956 in einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs nieder, das jahrelang die Entschädigung von NS-verfolgten Sinti und Roma verhinderte.

NS-Kontinuitäten und anhaltender Antiziganismus verhinderten lange Zeit eine angemessene Beschäftigung mit dem Völkermord und den Verbrechen an Sinti und Roma. So hielten Polizei und sogenannte „Rasseforscher“ Akten unter Verschluss, die zum Nachweis einer Verfolgung notwendig gewesen wären. Auch die von den Nationalsozialisten ab-erkannte deutsche Staatsangehörigkeit blieb vielen Sinti und Roma in der neugegründeten Bundesrepublik weiterhin verwehrt. Da die Überlebenden aufgrund der Verfolgung ihre persönlichen Papiere eingebüßt hatten, erklärte man sie und ihre Nachkommen zu „Staatenlosen“, obwohl die Familien seit Generationen in Deutschland verwurzelt waren. Auf diese Weise blieben ihnen auch lange nach Kriegsende und im demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland ihre Rechte als deutsche Staatsbürger verwehrt.

/ History and background

Sinti and Roma have lived in Germany for over 600 years and are, therefore, a firmly established national minority. At the same time, prejudices against members of this minority have existed for centuries, ranging from hidden and open discrimination to racist persecution. Until the early 1980s, it was a littleknown fact that over 500,000 Sinti and Roma had been systematically persecuted and murdered by the Nazis.

Post-1945, the racist mindset of National Socialism largely persisted unchanged in state institutions such as the police and the legal system. Compensation for persecution of this minority during the Nazi period was repeatedly obstructed, and criminal proceedings initiated against perpetrators were rapidly halted again. For instance, criminal police officers who had been directly involved in the Nazi persecution of Sinti and Roma were able to continue their careers seamlessly, even in the Federal Republic of Germany. The same police officers prepared reports in compensation proceedings disputing and denying the racist Nazi persecution of Sinti and Roma. This attitude found expression in a landmark decision of the Federal Court of Justice in 1956 that blocked the compensation of Nazi-persecuted Sinti and Roma for many years.

Continuities from the Nazi era and persistent antigypsyism prevented for a long time an appropriate coming to terms with the genocide and the crimes committed against Sinti and Roma. Files that would have proved the persecution were locked away by the police and the “Rasseforscher” (race researchers). Sinti and Roma were even denied the German citizenship, which had been withdrawn by the Nazi authorities on racial grounds. Since many of the survivors had lost their personal documents due to the persecution they and their children were regarded as stateless persons even though their families had been rooted in Germany for generations. Even long after the war had ended and the Federal Republic of Germany had been founded, they were still denied their rights as German citizens.

Die Anfänge der Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma

/ The early days of civil rights work of German Sinti and Roma



Erste Demonstration von Sinti durch die Heidelberger Altstadt, um gegen die Erschießung eines Sinto durch deutsche Polizisten zu protestieren, 1973.

/ First demonstration of the Sinti through the Heidelberg Old Town, to protest the fatal shooting of a Sinto by the German police, 1973.



AUFRUF

An alle deutschen Sinti!

Es ist langsam an der Zeit, auf Ungerechtigkeiten, die die Sinti heute schon wieder erdulden müssen, aufmerksam zu machen!

Wir leben heute in einer Demokratie, die auch ihre demokratischen Grundgesetze hat. Ein Gesetz davon ist für unser Volk von besonders großer Wichtigkeit. Dieses Gesetz hat den Wortlaut:

„Kein Mensch darf wegen seiner Rasse oder seiner Religion benachteiligt werden!“

Aber gerade das ist heute wieder an der Tagesordnung: Diskriminierungen, Repressalien, Benachteiligungen und Verachtung! Und seit Jahrhunderten muß unser Volk das erdulden! Vor 26 Jahren war der Höhepunkt dieses Leidensweges erreicht. Zur Erinnerung: Auschwitz, Dachau, Bergen-Belsen, Flossenbürg usw. Daraus hätten unsere Sinti bzw. unsere Rechtssprecher Lehren ziehen müssen! Stattdessen streitet man sich über Harmonation, die nur dazu beiträgt, uns uneinig zu machen, anstatt gemeinsam gegen das Unrecht, das uns angetan wird, zu kämpfen!

Wir, die junge Generation der Sinti, fordern von den Rechtssprechern, sich nicht nur mit Harmonation zu befassen, die noch keinem einen Vorteil gebracht hat, sondern auch dafür zu sorgen, daß uns der deutsche Staat gerechter behandelt!

Um auch dies zu ändern, müssen wir uns bei dem bevorstehenden Wahlkampf, Stichtag 19. November 1972, für die Partei entscheiden, die für das Grundgesetz einsteht und auch für unsere 30.000 deutschen Sinti die Menschenrechte garantiert! Wir fordern von unserer Bundesregierung: „Das Unrecht, das unserem Volk zugefügt wurde, darf nicht heute schon wieder fortgesetzt werden!“

Nur ein kleines Beispiel von vielen: Als Sintu hat man noch nicht einmal das Recht, das jeder Urlauber genießt! Mit einem Wohnwagen unherzuziehen und öffentliche Campingplätze in Anspruch zu nehmen!

Unser Volk galt einmal als vogelfrei. Es ist es heute immer noch, nur in anderer Form!

Jedoch trifft viel Schuld an der Verachtung und Diskriminierung unseres Volkes auch uns selbst: Weil wir das Recht einer Demokratie nicht in Anspruch nehmen und für unsere Sache kämpfen!

Vielen von uns ist es nur wichtig, daß es ihm und seiner Familie gut geht! Das wäre an sich schon verständlich; aber wir sollten uns fragen, ob wir uns nicht heute zusammenschließen und für unsere Rechte kämpfen sollten, damit morgen unsere Kinder stolz darauf sind, Sinti zu sein. Und daß nicht unser Volk noch weitere Generationen lang als Menschen 2. Klasse oder „Untermenschen“ behandelt wird!

Die Sinti haben überhaupt kein National-Gefühl, wie jedes andere Volk oder Rasse. Aber ohne Gefühl der Zusammengehörigkeit und ohne daß wir uns gemeinsam gegen die Repressalien wehren, können wir niemals etwas erreichen!

Um das zu ändern, und für Gerechtigkeit zu sorgen, haben wir einen Interessen-Verband gegründet, nämlich das

Zentral-Komitee der Sinti West-Deutschlands

Jeder Sintu, der auch unsere Meinung vertritt, kann sich uns anschließen!

Auch sonstige Fragen und Anregungen sind uns jederzeit willkommen.

Wer weitere Informationen erhalten will, kann kurz schreiben an:

Zentral-Komitee der
Sinti West-Deutschlands
69 HEIDELBERG
Postfach 231



Bereits in den 1950er Jahren versuchten die Brüder Oskar und Vinzenz Rose zusammen mit anderen Überlebenden des Holocaust die NS-Verbrechen an Sinti und Roma juristisch aufarbeiten zu lassen. Jedoch wurden staatsanwaltschaftliche Verfahren gegen Täter schnell wieder eingestellt. Die ersten von Sinti und Roma gegründeten Vereine fanden kaum Gehör. Erst in den von politisch-kulturellem Wandel geprägten 1970er Jahren bekamen Bürgerrechtsinitiativen von Sinti und Roma neuen Aufwind. Angehörige der jüngeren Generation wie Romani Rose wollten die Diskriminierung der Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland beenden und endlich die Anerkennung des NS-Völkermordes an Sinti und Roma erreichen.

1973 wurde der Heidelberger Sinto Anton Lehmann von der Polizei erschossen. Der von Vinzenz Rose initiierte „Verband Deutscher Sinti“ organisierte daraufhin in Heidelberg die erste öffentliche Demonstration gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma. Rund 100 Angehörige der Minderheit waren aus mehreren Teilen der Republik zusammengekommen. Nach einer Kundgebung auf dem Alten Messplatz zogen sie im Anschluss mit einem Schweigemarsch durch die Heidelberger Innenstadt. Die Demonstranten, darunter Frauen, Männer und Kinder, trugen schwarze Fahnen und skandierten auf Transparenten, dass sie nicht länger „Menschen zweiter Klasse“ sein wollten.

- 2** Vinzenz Rose, 1973.
- 3** Erster Aufruf der Bürgerrechtsbewegung im Jahr 1971/1972.
/ First call to action by the civil rights movement, in 1971/1972.
- 4** Oskar Rose, 1950er Jahre.
/ Oskar Rose, 1950s.
- 5** Kundgebung am alten Messplatz in Heidelberg, 1973.
/ Rally at the Alter Messplatz in Heidelberg, 1973.
- 6** Kundgebung am alten Messplatz in Heidelberg, 1973.
/ Rally at the Alter Messplatz in Heidelberg, 1973.
- 7** Vinzenz Rose, 1950er Jahre.
/ Vinzenz Rose, 1950s.

/ In the 1950s, brothers Oskar and Vinzenz Rose together with other Holocaust survivors sought to bring a legal case concerning the Nazi crimes against the Sinti and Roma. However, even then, proceedings brought by the state prosecutor against perpetrators were rapidly halted again. The first associations founded by Sinti and Roma barely received any attention. It was only during the 1970s, a period marked by political and cultural change, that civil rights initiatives of Sinti and Roma gained new impetus. Members of the younger generation like Romani Rose wanted to end minority discrimination in the Federal Republic of Germany and finally achieve the recognition of the Nazi genocide of Sinti and Roma.

In 1973, the police in Heidelberg shot and killed Anton Lehmann, a Sinto. In response, the "Verband Deutscher Sinti" (German Sinti Association), which had been set up by Vinzenz Rose, organised the first public demonstration to protest against the discrimination of Sinti and Roma. Around 100 members of the minority participated in the event, drawn from many parts of Germany. After a rally at the Alter Messplatz in Heidelberg, they then undertook a silent march through the city centre. The demonstrators, a mix of women, men and children, carried black flags and sported banners proclaiming that they no longer wanted to be "second-class citizens".

Erste Bürgerrechtskampagne: Öffentlich gegen Rassismus

/ First public civil rights campaign
against racism



Romani Rose in der KZ-Gedenkstätte
Bergen-Belsen, 1979, Foto: plata /
Friedrich Stark / GfbV.

/ Romani Rose at the Bergen-Belsen
memorial site, 1979, photo: plata /
Friedrich Stark / GfbV.

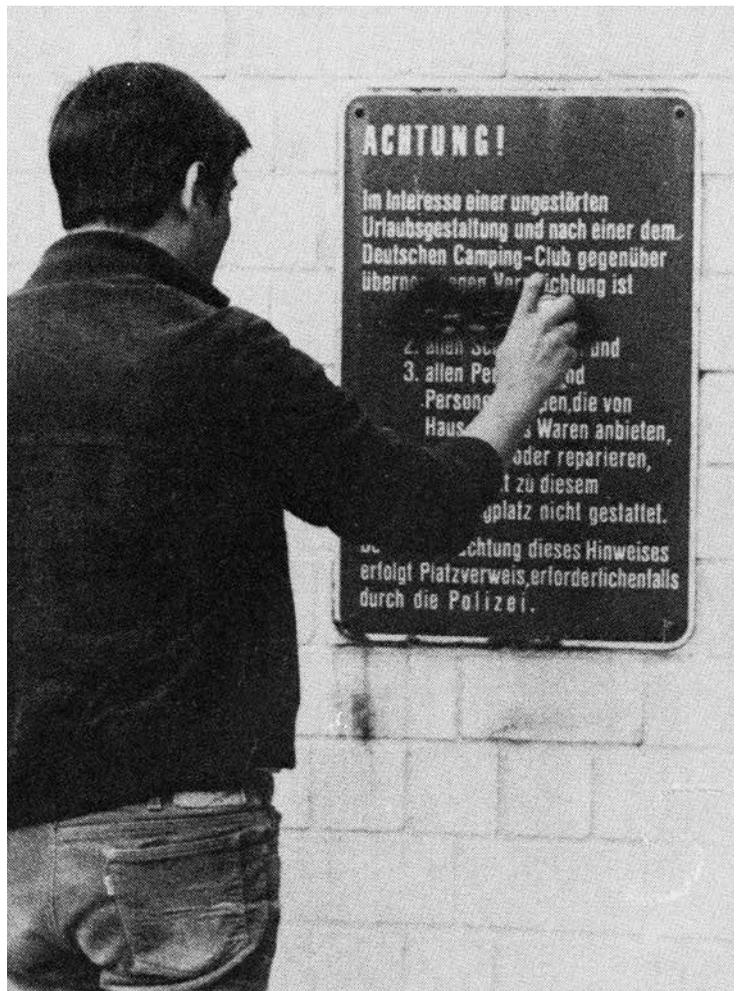
2



3



4



5

„Zutritt für Landfahrer verboten“! Mit solchen Schildern verwehrten Campingplätze oder Geschäfte noch in den 1960er und 1970er Jahren Sinti und Roma den Zutritt. Seit Sommer 1979 demonstrierten Sinti und Roma gegen diese Beschneidung der im Grundgesetz gewährten Rechte auf Gleichheit und Freizügigkeit.

Die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ leistete beim Aufbau der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma eine wichtige Unterstützung. Mit ihrer finanziellen und organisatorischen Hilfe startete der „Verband Deutscher Sinti“ eine systematische Öffentlichkeitskampagne zur Anerkennung des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma Europas. Die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung nach Abbau von Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma sollten dadurch bekannt gemacht werden.

Am 27. Oktober 1979 veranstaltete der „Verband Deutscher Sinti“ die erste internationale Gedenkkundgebung zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen. Unter den 2.000 Teilnehmern waren 500 Sinti und Roma aus zwölf europäischen Staaten, nationale und internationale Politiker sowie Vertreter anderer NS-Opfergruppen. Die wichtigste Rednerin der Kundgebung war die erste Präsidentin des Europaparlaments, Simone Veil. Sie hatte als jüdisches Kind selbst das KZ Bergen-Belsen überlebt, ihre Mutter war dort ermordet worden. Zahlreiche nationale und internationale Medien bis hin zur International Herald Tribune berichteten über die Gedenkkundgebung. Erstmals erfuhr eine breite Öffentlichkeit von der NS-Verfolgung der Sinti und Roma sowie dem anhaltenden Antiziganismus in der Bundesrepublik Deutschland. Nur wenige Tage später übergab eine Delegation von Sinti und Roma der Bundesregierung in Bonn ein Memorandum mit den wichtigsten politischen Zielen der Bürgerrechtsbewegung: Die Veränderungen im Verhältnis zwischen der Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft sowie die offizielle politische Anerkennung des NS-Völkermordes.

- 2** Ankunft der Teilnehmer des Gedenkmarsches am Mahnmal in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, 1979, Foto: Uschi Dresing / GfbV.
/ Protesters arriving at the memorial commemorating the former Bergen-Belsen concentration camp, 1979, photo: Uschi Dresing / GfbV.
- 3** Vinzenz Rose, 1979, Foto: plata / Friedrich Stark / GfbV.
/ Vinzenz Rose, 1979, photo: plata / Friedrich Stark / GfbV.

- 4** Romani Rose mit der damaligen Präsidentin des Europaparlaments, Simone Veil, auf der Kundgebung in Bergen-Belsen, 1979, Foto: GfbV.
/ Romani Rose with the then President of the European Parliament, Simone Veil, at the rally in Bergen-Belsen, 1979, photo: GfbV.
- 5** Romani Rose zerstört ein diskriminierendes Verbotsschild auf einem Campingplatz in Großwelzheim bei Aschaffenburg, das sogenannten „Landfahrern“ den Zutritt verwehrte, Juli 1979.
/ Romani Rose destroys a discriminatory prohibition sign at a campsite in Grosswelzheim, near Aschaffenburg, refusing access to „Landfahrer“ (“travellers”), July 1979.

/ "Zutritt für Landfahrer verboten!" ("No access for travellers!") Such signs were in use even as late as the 1960s and 1970s at campsites and in shops, in order to deny entry to Sinti and Roma. Since the summer of 1979, Sinti and Roma had been demonstrating against this restriction of the rights to equality and freedom of movement, which is enshrined in Germany's Basic Law.

The human rights organisation Society for Threatened Peoples offered vital support in the development of the German Sinti and Roma civil rights movement. With its financial and organisational assistance, the German Sinti Association began a systematic publicity campaign for the recognition of the Nazi genocide of the Sinti and Roma in Europe. The campaign aimed at publicising the demands of the civil rights movement for breaking down discrimination against Sinti and Roma.

On 27 October 1979, the German Sinti Association organised the first international memorial rally to commemorate the Sinti and Roma murdered by the National Socialists. The event was held at the memorial site of the former Bergen-Belsen concentration camp. Amongst the 2,000 participants were 500 Sinti and Roma from twelve European countries, national and international politicians and representatives of other groups targeted by the Nazis. Simone Veil, the first female President of the European Parliament, was the key speaker at the rally. She herself had survived the Bergen-Belsen concentration camp as a Jewish child, while her mother had been murdered there. Numerous national and international media, including the International Herald Tribune, covered the memorial rally. For the first time, the general public learned about the Nazi persecution of the Sinti and Roma and about the persisting antigypsyism in the Federal Republic. Just a few days afterwards, a delegation of Sinti und Roma presented a memorandum to the Federal Government in Bonn, setting out the key political objectives of the civil rights movement: changes in the relationship between the minority and the majority society, and official political recognition of the Nazi genocide.

Der Hungerstreik im ehemaligen Konzentrationslager Dachau

/ The hunger strike at the former
concentration camp in Dachau



Beendigung des Hungerstreiks in der
Evangelischen Versöhnungskirche auf
dem Gelände der KZ-Gedenkstätte
Dachau, 1980; auf dem Bild von links:
Uta Horstmann, Anton Franz, Dronja
Peter, Hans Braun, Romani Rose, Jakob
Bamberger, Fritz Greußing, Franz Wirbel.
/ End of the hunger strike at Dachau
memorial site, 1980; pictured (left to
right): Uta Horstmann, Anton Franz,
Dronja Peter, Hans Braun, Romani Rose,
Jakob Bamberger, Fritz Greußing,
Franz Wirbel.

2



3



4



6



5



7



8



9



Am Karfreitag 1980 traten zwölf Sinti auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau in einen Hungerstreik. Die Aktion wurde zu einem zentralen Ereignis der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland. Ein besonderes moralisches Gewicht bekam der Hungerstreik durch die Teilnahme der KZ-Überlebenden Jakob Bamberger, Hans Braun und Franz Wirbel. Ermöglicht wurde der Streik durch die Unterstützung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Sie stellte den Streikenden die Räumlichkeiten der Versöhnungskirche auf dem Gedenkstättenengelände zur Verfügung.

Die bis 1970 in Bayern geltende sogenannte „Landfahrerordnung“ hatte jahrzehntelang die Grundrechte von Sinti und Roma eingeschränkt. Bayerische Kriminalpolizisten hatten in der „Landfahrerzentrale“ bis in die 1970er Jahre Namen, Fingerabdrücke und persönliche Daten von Sinti und Roma aus dem gesamten Bundesgebiet in Akten erfasst, die teilweise sogar bereits in der Zeit des Nationalsozialismus angelegt worden waren. In vielen Entschädigungsprozessen waren diese Akten dazu verwendet worden, um Klagen von Sinti und Roma abzuweisen, die den Holocaust überlebt hatten.

Mit dem einwöchigen Hungerstreik wollten die Sinti Aufklärung über den Verbleib der Akten der ehemaligen „Landfahrerzentrale“ erhalten. Romani Rose verhandelte als Sprecher der Streikenden mit dem bayerischen Innenministerium. Der Protest löste eine breite öffentliche Solidaritätswelle aus und markiert einen Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung der Minderheit. Etwa 100 in- und ausländische Medien berichteten von den Ereignissen in Dachau, unter anderem die International Herald Tribune. Schließlich räumte die Landesregierung öffentlich ein, dass Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma abgebaut werden müssten. Zudem versicherte das Innenministerium, dass die Akten der bayerischen „Landfahrerzentrale“ zu Beginn der 1970er Jahre vernichtet worden seien.

Zum offiziellen Abschluss des Hungerstreiks empfingen die Bürgerrechtler am 12. April 1980 Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel in der Versöhnungskirche. Er sagte ihnen Unterstützung zu und bezeichnete die Protestaktion als einen „ganz wichtigen Anstoß“ zum Abbau von Vorurteilen.

2 Romani Rose im Gespräch mit Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel, 1980.
/ Romani Rose in discussion with Federal Minister of Justice Hans-Jochen Vogel, 1980.

3 Vorne Ranco Brantner, Franz Wirbel, 1980.
/ Ranco Brantner (front), Franz Wirbel, 1980.

4 Links oben Pepi Schopper, Brala Ernst, Wallani Georg; unten Romani Rose, Jakob Bamberger, 1980.
/ Top left Pepi Schopper, Brala Ernst, Wallani Georg; bottom Romani Rose, Jakob Bamberger, 1980.

5 Die Teilnehmer des Hungerstreiks, 1980, v.l.n.r. stehend: Friedrich Schopper, Brala Ernst, Anton Franz, Romani Rose, Ranco Brantner, Hans Braun, Wallani Georg; v.l.n.r. sitzend: Dronja Peter, Fritz Greußing, Pepi Schopper, Uta Horstmann, Jakob Bamberger, Prodekan Steiner von der evangelischen Kirche in München; es fehlt Franz Wirbel.

/ Participants of the hunger strike, 1980; from left to right, standing: Friedrich Schopper, Brala Ernst, Anton Franz, Romani Rose, Ranco Brantner, Hans Braun, Wallani Georg; from left to right, seated: Dronja Peter, Fritz Greußing, Pepi Schopper, Uta Horstmann, Jakob Bamberger, vice-superintendent Steiner from the Protestant Church in Munich; Franz Wirbel is not shown.

6 Kranzniederlegung in Dachau, 1980.
/ Wreath-laying in Dachau, 1980.

7 Jakob Bamberger, 1980.

8 Pepi Schopper, 1980.

9 Gedenkkundgebung beim Hungerstreik in Dachau, 1980.
/ Commemorative rally at the hunger strike in Dachau, 1980.

/ On Good Friday of 1980, twelve Sinti began a hunger strike at the memorial site of the former Dachau concentration camp. This action turned into a key event in the Sinti and Roma civil rights movement in Germany. The strike was given particular moral weight through the participation of concentration camp survivors Jakob Bamberger, Hans Braun and Franz Wirbel. The support of the Lutheran-Evangelical Church in Bavaria made the hunger strike possible. The Church provided premises for the strike by opening the Church of Reconciliation on the grounds of the former concentration camp.

The “Landfahrerordnung” (Travellers’ Ordinance), which remained valid in Bavaria until 1970, had restricted the fundamental rights of Sinti and Roma for decades. Bavarian criminal police had been recording the names, fingerprints and personal details of Sinti and Roma from across the entire Federal area through until well into the 1970s. This information was in some cases added to files already created during the Nazi period. These files were used in many compensation proceedings to dismiss claims of Sinti and Roma who had survived the Holocaust.

Sinti and Roma sought to find out the whereabouts of the files from the former “Landfahrerzentrale”, the central agency for travellers. Acting as a spokes-person for the hunger strikers, Romani Rose negotiated with the Bavarian Interior Ministry. The protest triggered a widespread wave of public solidarity, and marks a turning-point in the public perception of the minority. Around 100 national and foreign media, including the International Herald Tribune, reported on the events in Dachau. In the end, the regional government publicly conceded that they had to tackle the discrimination of Sinti und Roma. Furthermore, the Interior Ministry asserted that the files from the Bavarian Landfahrerzentrale had been destroyed in the early 1970s.

The civil rights campaigners met with Federal Minister of Justice Hans-Jochen Vogel in Dachau on 12 April 1980, thus marking the official end of the hunger strike. He promised them his support and described the protest action as a “very important impetus” for breaking down prejudice.

Die Suche nach den „NS-Rasseakten“ / The search for the “Nazi race files”



Abtransport der „NS-Rasseakten“
ins Bundesarchiv Koblenz nach der
Besetzung des Tübinger Universitäts-
archivs im September 1981,
im Vordergrund Jakob Bamberger.
/ Removal of the “Nazi race files” to the
Federal Archive in Koblenz, following
the occupation of the Tübingen Univer-
sity archive in September 1981; in
the foreground, Jakob Bamberger.

2



3



4



5

Auch nach dem Hungerstreik in Dachau herrschte weiter Unklarheit über den Verbleib der „NS-Rasseakten“. Beamte der deutschen Kriminalpolizei und ehemalige „Rasseforscher“ hatten die Unterlagen jahrzehntlang geheim gehalten. Dadurch waren wichtige Beweise über die NS-Verfolgung der Sinti und Roma unterschlagen worden.

Die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma hatte es sich zum Ziel gesetzt, die „NS-Rasseakten“ zu finden und an das Bundesarchiv in Koblenz zu übergeben, wo sie für die Aufarbeitung des Völkermordes zugänglich gemacht werden sollten. Durch Nachforschungen konnte ermittelt werden, dass „Rasseforscher“ die Akten insgeheim jahrzehntlang für ihre pseudowissenschaftlichen Forschungen weiter genutzt hatten, darunter auch Sophie Ehrhardt, die bis zu ihrer Pensionierung 1968 als Professorin an der Universität Tübingen beschäftigt war.

Im September 1981 besetzten 18 Sinti den Keller des Tübinger Universitätsarchivs und verlangten den sofortigen Abtransport der „NS-Rasseakten“ in das Bundesarchiv. Nach wenigen Stunden wurden die Unterlagen tatsächlich dorthin überführt. Jedoch befanden sich die ca. 20.000 „NS-Rassegutachten“ der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“, die die Grundlage für die NS-Verfolgung gebildet hatten, nicht darunter. Mittels mehrerer Gerichtsverfahren versuchte die Bürgerrechtsbewegung Klarheit über den Verbleib der „Rassegutachten“ zu erlangen. Bei der Aufklärung erhielt Romani Rose Unterstützung von Simon Wiesenthal. Die Akten sind jedoch bis heute spurlos verschwunden.

- 2** Hans Braun, beim Abtransport der Akten, 1981.
/ Hans Braun, transporting the files, 1981
- 3** Universitätsarchiv in Tübingen, Abteilung für Anthropologie und Humangenetik, Sophie Ehrhardt, 1981.
/ University archive in Tübingen, Department of Anthropology and Human Genetics, Sophie Ehrhardt, 1981.

- 4** Simon Wiesenthal fordert mit Romani Rose die Aufklärung des Skandals um den Verbleib der NS-„Rassegutachten“, 1981.
/ Simon Wiesenthal joins Romani Rose in calling for the resolution of the scandal concerning the whereabouts of the Nazi “race reports”, 1981
- 5** Besetzung des Tübinger Universitätsarchivs, 1981.
/ Occupation of the Tübingen University archive, 1981.

/ Even after the hunger strike in Dachau, there was still a lack of clarity about the documents pertaining to the Nazi genocide. Officers in the German criminal police and former “race researchers” had kept these documents secret for decades. As a result, important evidence concerning the Nazi persecution of the Sinti and Roma had been suppressed.

Locating the “Nazi race files” and having them transferred to the Federal Archive in Koblenz in order to make them available as documentation of the genocide was an objective of the German Sinti and Roma civil rights movement. Follow-up investigations established that “race researchers” had for decades continued to secretly use the files for their pseudoscientific research. Among those conducting this research had been Sophie Ehrhardt, who had continued to work at the Tübingen University until her retirement in 1968.

In September 1981, eighteen Sinti occupied the basement of the Tübingen University archive and demanded the immediate removal of the “Nazi race files” to the Federal Archive. After a few hours, the documents were indeed transferred there. However, these did not include the approximately 20,000 “NS-Rassegutachten” (Nazi race reports) drawn up by the Nazi “Rassenhygienische Forschungsstelle” (Eugenic and Criminal Biological Research Station) that had served as the basis for the Nazi persecution. The civil rights movement sought to clarify the whereabouts of these “race reports” via a number of court cases. Simon Wiesenthal supported Romani Rose in his search for answers. However, the files have disappeared without trace and remain so to this day.

Die Anerkennung des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma

/ The recognition of the Nazi genocide
of the Sinti and Roma



Anerkennung des NS-Völkermordes
an den Sinti und Roma durch Bundes-
kanzler Helmut Schmidt, 17. März 1982;
auf dem Bild von links u.a.:
Romani Rose, Josef Kwiek, Anton
Franz, Egon Siebert; Staatssekretär
beim Bundesminister des Innern,
Andreas von Schoeler, daneben Bun-
deskanzler Helmut Schmidt.

/ Recognition of the Nazi genocide of
the Sinti and Roma by Federal Chan-
cellor Helmut Schmidt, 17 March 1982;
pictured, from the left, inter alia:
Romani Rose, Josef Kwiek, Anton
Franz, Egon Siebert; Secretary of State
to the Federal Minister of the Interior,
Andreas von Schoeler, alongside Chan-
cellor Helmut Schmidt.

2



3



4



5



6

Neun Verbände der Bürgerrechtsbewegung gründeten im Februar 1982 den „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ mit dem gewählten Vorsitzenden Romani Rose. Dadurch konnten die Aktivisten eine Vertretung der deutschen Sinti und Roma etablieren, die von der Bundesregierung als politischer Gesprächspartner akzeptiert wurde. Nur wenige Wochen später erkannte Bundeskanzler Helmut Schmidt den NS-Völkermord an den Sinti und Roma in Deutschland erstmals offiziell an. Schmidt erklärte:

„Den Sinti und Roma ist durch die NS-Diktatur schweres Unrecht zugefügt worden. Sie wurden aus rassistischen Gründen verfolgt [...]. Diese Verbrechen haben den Tatbestand des Völkermords erfüllt.“

Weiterhin sprach er sich für eine moralische Wiedergutmachung aus und betonte die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland, die Opfer zu entschädigen sowie ihre gesellschaftliche Lage zu verbessern. Diese völkerrechtliche Anerkennung bedeutete einen Neubeginn im Verhältnis der Bundesregierung zu den deutschen Sinti und Roma.

Die Gründung des Zentralrats verbesserte die Vernetzung der deutschlandweiten Regional- und Lokalverbände der Minderheit und stärkte den Dialog mit Politik und Behörden. Der Zentralrat konnte im September 1982 in einer von der Bundesregierung finanzierten Geschäftsstelle in Heidelberg seine Arbeit aufnehmen. Seitdem bestätigten auch die auf Schmidt folgenden Regierungsverantwortlichen und Bundespräsidenten die Anerkennung des Völkermordes. Im Jahr 1997 wurden die deutschen Sinti und Roma von der Bundesrepublik Deutschland als nationale Minderheit anerkannt.

2 Romani Rose, Hugo Franz, Oskar Böhmer, Helmut Schmidt.

3 Delegation des Zentralrats bei Bundeskanzler Helmut Kohl, Mitte der 80er Jahre.
/ Delegation of the Central Council to Federal Chancellor Helmut Kohl, mid-1980s.

4 Romani Rose übergibt Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Auschwitz-Gedenkbücher, 28.01.1993.
/ Romani Rose presents Federal President Richard von Weizsäcker with the Auschwitz Books of Remembrance, 28.01.1993.

5 von links: Otto Rosenberg, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Romani Rose, Ewald Hanstein, 15.5.2000.

/ From the left: Otto Rosenberg, Federal Chancellor Gerhard Schröder, Romani Rose, Ewald Hanstein, 15.5.2000.

6 von links u.a.: Herbert Birkenfelder, Franz Rosenbach, Romani Rose, die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel, Laura Spindler, Wolfgang Bosbach, 17.06.2004.

/ From the left, inter alia: Herbert Birkenfelder, Franz Rosenbach, Romani Rose, the then opposition leader Angela Merkel, Laura Spindler, Wolfgang Bosbach, 17.06.2004.

/ Nine civil rights movement associations came together in February 1982 to form the “Zentralrat Deutscher Sinti und Roma” (Central Council of German Sinti and Roma), with Romani Rose as its elected chairperson. This representative body for the German Sinti and Roma was accepted by the federal government as an important political interlocutor. Just a few weeks later, Federal Chancellor Helmut Schmidt officially recognised the Nazi genocide of the Sinti and Roma in Germany for the first time. Schmidt declared:

The Nazi dictatorship inflicted a grave injustice on the Sinti and Roma. They were persecuted for reasons of race. These crimes constituted an act of genocide.

Furthermore, he spoke out in favour of moral reparation and stressed the obligation of the Federal Republic of Germany to compensate the victims and to improve their social situation. This acknowledgement under international law constituted a fresh beginning in the federal government’s relationship with the German Sinti and Roma.

Establishing the Central Council improved networking between the Germanywide regional and local associations of the minority and strengthened the dialogue with politicians and authorities. In September 1982, the Central Council was able to take up its work in an office in Heidelberg funded by the federal government. Since then, other government officials and Federal Presidents succeeding Schmidt have confirmed the recognition of the genocide. In 1997, the German Sinti und Roma were recognised by the Federal Republic of Germany as a national minority.

Proteste gegen polizeiliche Sondererfassung /Protests against special registration by the police



Demonstration vor dem Bundeskriminalamt im Januar 1983; im Vordergrund Ranko Brantner, Anton Franz, Romani Rose.
/ The demonstration outside the Federal Criminal Investigation Department in January 1983; in the foreground Ranko Brantner, Anton Franz, Romani Rose.

2



3



4



5

Die versäumte Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Völkermord an Sinti und Roma hatte dazu geführt, dass einstige NS-Täter unbehelligt blieben, insbesondere im Polizeiwesen. In diesem Bereich war der Rassismus gegenüber Sinti und Roma noch Jahrzehnte nach Kriegsende allgegenwärtig. Die bereits im Kaiserreich etablierte Sondererfassung der Sinti und Roma war nach 1945 durch „Landfahrerstellen“ der neu eingerichteten Landeskriminalämter fortgeführt worden. Das Bundeskriminalamt hatte noch Ende der 1960er Jahre einen „Leitfaden für Kriminalbeamte“ veröffentlicht, in dem die Verfasser im NS-Jargon die weitere Sondererfassung von Sinti und Roma begründeten. Polizeizeitungen, Fahndungsaufrufe und Pressemitteilungen waren geprägt von antiziganistischen Vorurteilen.

Im Juni 1982 beschloss die Innenministerkonferenz, die Sondererfassung der Minderheit unter dem Kürzel „ZN“ für „Zigeunernamen“ trotz der Proteste der Bürgerrechtsbewegung beizubehalten. Deshalb demonstrierten Sinti und Roma im Januar 1983, am 50. Jahrestag der NS-Machtübernahme, vor dem Bundeskriminalamt. Unter den 250 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet waren auch KZ-Überlebende. Anschließend begaben sich die Demonstrationsteilnehmer auf einen Marsch durch die Wiesbadener Innenstadt zum Hessischen Innenminister, dem damaligen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz. In nachfolgenden Gesprächen sagten der Innenminister und das Bundeskriminalamt dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine umgehende Streichung der „ZN“-Sondererfassung zu. Jedoch wurde dies von den Polizeibehörden in der Praxis durch die Umbenennung des Datenfeldes „ZN“ in „HWA0“ für „Häufig Wechselnder Aufenthaltsort“ unterlaufen. Bis heute werden immer wieder Fälle von derartiger Sondererfassung durch die Polizeibehörden bekannt. Der Zentralrat fordert deshalb eine eindeutige Absage der Innenministerkonferenz an jede Form der Sondererfassung.

- 2** KZ-Überlebende Paul Dambrowski und Jakob Bamberger, 1983.
/ Concentration camp survivors Paul Dambrowski and Jakob Bamberger, 1983.
- 3** Jakob Bamberger und Paul Franz, 1983.
/ Jakob Bamberger and Paul Franz, 1983.
- 4** Demonstration in Wiesbaden, 1983.
/ Demonstration in Wiesbaden, 1983.
- 5** Romani Rose, 1983.

/ The failure of the German population to terms with the genocide perpetrated against the Sinti and Roma had consequences: former Nazi perpetrators – particularly in police service – were left alone and were not prosecuted. In that area, racism against Sinti and Roma was still omnipresent even decades after the end of the war. The special registration of Sinti and Roma already established during the German Empire period was continued after 1945 by “Landfahrerstellen” (“traveller agencies”) in the newly-established regional criminal investigation departments. As late as the end of the 1960s, the Federal Criminal Investigation Department published a “Leitfaden für Kriminalbeamte” (Guidelines for detectives) in which the authors, using the Nazi jargon, justified the continued special registration of Sinti and Roma. Police newspapers, information on wanted or missing persons and press releases were characterised by antigypsyist prejudice.

In June 1982, the Conference of Interior Ministers resolved to continue with the special registration of the minority, using the abbreviation “ZN” (which stands for “Zigeunername”, or “gypsy name”). This was done in spite of the protests of the civil rights movement. Therefore, the Sinti and Roma conducted a rally outside the Federal Criminal Investigation Department in January 1983 on the day of the 50th anniversary of the Nazi seizure of power. 250 people from all over Germany participated in the demonstration, among them concentration camp survivors. Following the protest, the demonstrators marched through the Wiesbaden city centre to the Hesse Minister of the Interior, who at that time was the chairman of the Conference of Interior Ministers. In subsequent discussions, the Interior Minister and the Federal Criminal Investigation Department promised the Central Council of German Sinti and Roma the immediate removal of the “ZN” special registration. However, the police authorities then dodged this commitment by renaming the “ZN” data field as “HWA0”, which stands for “Häufig Wechselnder Aufenthaltsort” (frequently changing place of residence). Even today, instances of such special registration by police authorities continue to become known. Therefore, the Central Council calls for the Conference of Interior Ministers to unequivocally reject all forms of special registration.

Behördlicher Rassismus: Die Vertreibung von Roma-Familien aus Darmstadt

**/Racism of state authorities:
Roma families driven out of Darmstadt**

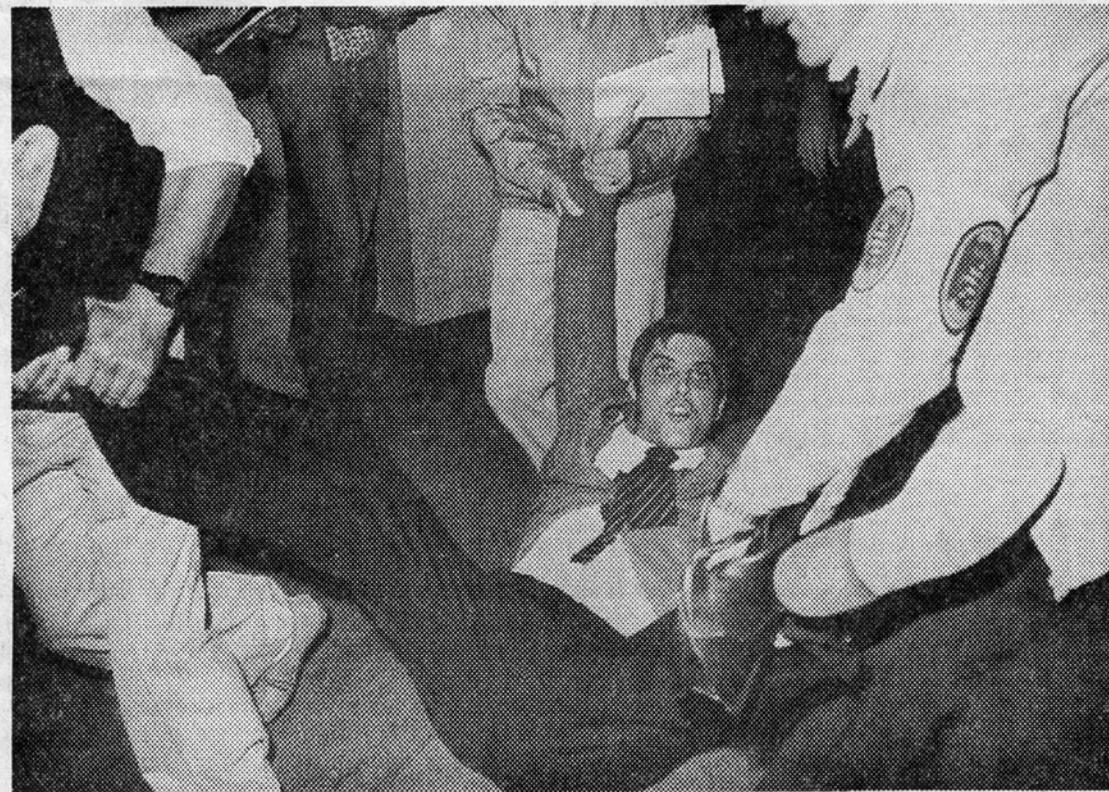
Rose, wollten Oberbürgermeister Günther Metzger einen Käfig mit lebenden Ratten übergeben. Doch daß es dazu nicht kam, dafür sorgte einmal, daß Metzger über

nach dem Rattenfang der Kripo auf dem Fußboden niedergelassen hatten, drängten und schleppten die Beamten den Ober-Roma gut fünf Meter weiter um, eine Ecke des

Und dabei stand u ein fest, daß die Dar zum Scheitern verur holt hatte Günther M Romani Rose abgele germeister in einem Volksverhetzung" vo Rose jedoch bei de klammert bleibt, dan den betroffenen Fam tion in dem Lager Straße unterhalten. sprach zustande kor Frage des Termins" Referent des OB, Ge will möglicherweise s nung der Roma (d empfangen.

Auch Rose hält „Gefahr für die Rom Landfahrer müßten i Rattenlöchern auf Gräfenhäuser Straß Zentralratschef jetzt ren. Daß Rose aller geplanten Gespräch steht fest. OB Met Hausverbot."

Wie von Magistrat noch mitgeteilt wur chung der fünf vi mitgebrachten Ratte daß es sich offensi Nager handelt, die Zoogeschäft stamme rote Albinoaugen so Körperstruktur und



ROMANI ROSE, der Chef des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, ist gestern von Polizeibeamten hinter eine Barriere im Flur des Neuen Rathauses getragen worden. Rose hatte versucht, zusammen

Romani Rose wird von der Polizei aus dem Darmstädter Rathaus getragen, 1983.

/ Romani Rose being carried out of the Darmstadt Town Hall by the police, 1983.

2



3



4



5

Seit 1980 lebten einige wenige Roma-Familien aus Jugoslawien in Darmstadt. Im Januar 1982 erfolgte ein Sprengstoffanschlag auf eines ihrer Wohnhäuser, und die rassistische Stimmung in der Bevölkerung nahm sogar noch zu. Im August 1983 ließ der Darmstädter Oberbürgermeister Günther Metzger in einer Blitzaktion das Haus, in dem vier der Roma-Familien gelebt hatten, abreißen und begründete den Abriss nachträglich mit angeblicher „Seuchengefahr“. Nach der Rückkehr aus dem Urlaub mussten die Betroffenen die Reste ihres Mobiliars, ihrer Kupferwerkstatt und sogar die Bilder ihrer durch die Ustascha ermordeten Angehörigen in den Trümmern suchen. Der Zentralrat verurteilte den Abriss als „schlimmstes Beispiel für Rassismus seit 1945“. Eine vom Darmstädter Oberbürgermeister Metzger angestrebte Unterlassungsklage gegen diesen Rassismusbegriff wurde 1985 vom Oberlandesgericht Frankfurt zurückgewiesen.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma rief Vertreter nationaler und internationaler Organisationen nach Darmstadt, um den Abriss des Wohnhauses zu dokumentieren und für den Schutz der Menschenrechte von Roma einzutreten. Im September 1983 versuchten fünfzehn Minderheitenangehörige Oberbürgermeister Metzger zu einem Gespräch zu bewegen und auf die unzureichenden Lebensbedingungen der Roma nach dem Hausabriss hinzuweisen.

Im Jahr 1984 wurden die betroffenen Familien jedoch aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Nach Protesten von zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern und auf Grund des Engagements von Willy Brandt fanden zwei der Familien eine neue Unterkunft in Nürnberg, andere Familien wurden in Köln aufgenommen, wiederum andere versuchten in Italien oder Frankreich eine neue Heimat zu finden.

- 2 Romani Rose, im Hintergrund Eugen Kogon, 1983.
/ Romani Rose, in the background
Eugen Kogon, 1983.
- 3 Roma vor ihren zerstörten Häusern
in Darmstadt, 1983.
/ Roma in front of their destroyed homes
in Darmstadt, 1983.
- 4 Romani Rose im Gespräch mit
Journalisten, 1983.
/ Romani Rose in conversation with
journalists, 1983.
- 5 Roma vor ihren zerstörten Häusern
in Darmstadt, 1983.
/ Roma in front of their destroyed homes
in Darmstadt, 1983.

/ Since 1980, a small number of Roma families from Yugoslavia had been living in Darmstadt. In January 1982, there was a bomb attack on one of their houses, and the racist mood of the population increased even more afterwards. In August 1983, Günther Metzger, the mayor of Darmstadt, ordered the demolition of the house where four Roma families had been living in a lightning fast operation. He subsequently justified the demolition with an alleged “danger of epidemic”. Returning from their vacation, the affected families were forced to search amongst the ruins for the remains of their furniture, their copper workshop and even the photos of family members murdered by the Ustaže. The Central Council condemned the demolition as “the worst instance of racism since 1945”. A claim to cease and desist lodged by the Mayor of Darmstadt against this reproach of racism was rejected in 1985 by the Higher Regional Court in Frankfurt.

The Central Council of German Sinti and Roma called on representatives of national and international organisations to come to Darmstadt, in order to document the demolition of the apartment building and to protest in defence of the human rights of the Roma. In September 1983, fifteen members of the minority sought to engage Mr Metzger in discussion and to make him aware of the inadequate living conditions of the Roma following the demolition.

However, in 1984 the families concerned were expelled from Germany. After protests by numerous supporters and due to the involvement of Willy Brandt, two of the families found new accommodation in Nuremberg, other families were housed in Cologne, while others sought new homes in Italy or France.

Keine angemessene Entschädigung NS-verfolgter Sinti und Roma

/ No appropriate compensation for
Sinti and Roma persecuted by the Nazi regime



Gedenkveranstaltung mit einer Delegation von 50 Holocaust-Überlebenden vor dem Brandenburger Tor anlässlich des 50. Jahrestages des NS-Entscheidungs zur „Vernichtung durch Arbeit“, September 1992.

/ Commemorative event with a delegation of 50 Holocaust survivors in front of the Brandenburg Gate to mark the 50th anniversary of the Nazi decision to “exterminate” the Sinti and Roma “through labour”, September 1992.

2



3



4



6



7

5

Mit der Bürgerrechtsarbeit sollte den Überlebenden Sinti und Roma ihre Würde zurückgeben werden. Als besonders demütigend hatten die Opfer ihren Ausschluss aus der Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1953 empfunden. Zwar hatte der Deutsche Bundestag 1981 einen „Härtefonds“ für NS-Verfolgte nichtjüdischer Abstammung eingerichtet. Zahlreiche betroffene Sinti und Roma blieben jedoch wiederum von der Vergabe ausgeschlossen. Der für die Auszahlung der Leistungen zuständige Regierungspräsident von Köln behauptete noch 1984 in einem Verwaltungsgerichtsverfahren, dass Sinti und Roma nicht aus „rassischen Gründen“ verfolgt worden seien. Damit griff er ein massiv antiziganistisches Interpretationsmuster auf, wie es auch dem 1963 zurückgenommenen BGH-Urteil von 1956 zugrunde gelegen hatte.

Im März 1985 demonstrierten über 50 Sinti und Roma in Köln gegen die Vergabepaxis der „Härteregelung“ des Bundes. Die Demonstranten verwiesen auf die 1982 erfolgte Anerkennung des NS-Völkermordes „aus rassistischen Gründen“ und legten Kränze für die verfolgten Opfer des Nationalsozialismus nieder.

In der Folgezeit erreichte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma durch weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen eine grundlegende Änderung der diskriminierenden Wiedergutmachungspraxis. Ende der 1980er Jahre dokumentierte er über 500 Einzelfälle von Minderheitsangehörigen, die bis dahin noch keine angemessene Entschädigung für ihre Verfolgung durch die Nationalsozialisten erhalten hatten. In mehreren tausend Verfahren konnten Neuentscheidungen der zuständigen Behörden zugunsten der Betroffenen durchgesetzt werden. Anfang der 2000er Jahre erreichte der Zentralrat, dass auch Sinti und Roma, die Zwangsarbeit hatten leisten müssen, aus dem Fonds der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und dem Schweizer Banken Fonds entschädigt wurden.

2 Rita Süßmuth, Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, und Anton Franz.
/ Rita Süßmuth, Minister for Youth, Family and Health, and Anton Franz.

3 Otto Rosenberg auf der Demonstration im September 1992 in Berlin.
/ Otto Rosenberg at the demonstration in Berlin in September 1992.

4 Herbert Birkenfelder, überlebte den Holocaust in der Illegalität.
/ Herbert Birkenfelder survived the Holocaust in illegality.

5 Kranzniederlegung und Demonstration von über 50 Sinti und Roma vor dem Regierungspräsidium in Köln gegen die Vergabepaxis bei der „Härteregelung“ des Bundes für Verfolgte nichtjüdischer Abstammung, März 1985.

/ Wreath-laying and demonstration of over 50 Sinti and Roma outside the Administrative Offices in Cologne protesting against the funds allocation practices under the federal government's "hardship rules" for persecuted persons of non-Jewish origin, March 1985.

6 Hildegard Lagrene, überlebte Ghettos und Lager in Polen.
/ Hildegard Lagrene, survivor of ghettos and concentration camps in Poland.

7 Franz Wirbel, Überlebender des KZ Auschwitz-Birkenau.
/ Franz Wirbel, survivor of the Auschwitz-Birkenau concentration camp.

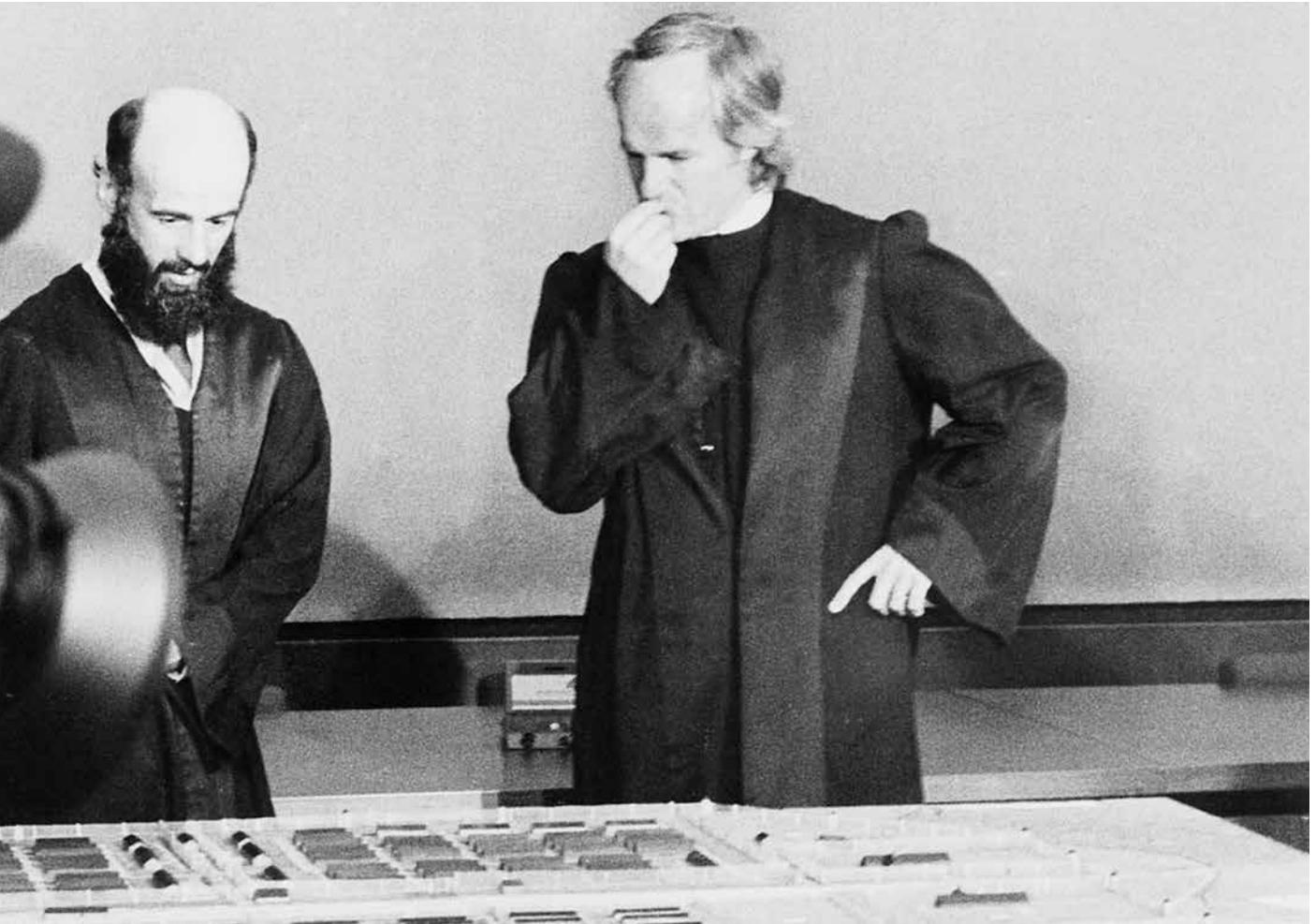
/ The aim of the civil rights work is to restore the dignity of the surviving Sinti and Roma. Particularly humiliating in that regard was their exclusion from the compensation provisions of the 1953 Federal Compensation Act (Bundesentschädigungsgesetz, BEG). Indeed, the German Parliament had established a “hardship fund” for persons of non-Jewish origin persecuted by the Nazis. However, many affected Sinti and Roma remained excluded from the allocation. The President of the Cologne administrative district, who was responsible for administering the payments, claimed in 1984 in an administrative court case that Sinti and Roma were not persecuted on “racial grounds”. In doing so, he raised a solid antigypsyist pattern of interpretation that had also underpinned the Federal Court of Justice judgement of 1956, which had been revoked in 1963.

In March 1985, over 50 Sinti and Roma protested in Cologne against the funds allocation practices under the “hardship provisions” of the federal government. The protestors invoked the 1982 recognition of the Nazi genocide “on racial grounds” and laid wreaths for the persecuted victims of National Socialism.

In the years that followed, the Central Council of German Sinti and Roma brought about a fundamental change in the discriminatory practice of compensation, through further effective public actions. At the end of the 1980s, the Council documented over 500 individual cases of members of the minority who had still not received adequate compensation for their persecution by the Nazis. In several thousand legal cases, it proved possible to bring about reassessments by the responsible authorities, benefitting those affected. In the early 2000s, the Central Council further succeeded in securing compensation for Sinti and Roma who had been subjected to forced labour, paid from the funds of the Stiftung “Erinnerung, Verantwortung und Zukunft” (Foundation “Remembrance, Responsibility and Future”) and the Swiss Bank Fund.

Schonung für die Mörder – Justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen

/Clemency for the murderers –
the Judiciary reviews Nazi crimes



Rechtsanwälte Arnold Roßberg und Uli Roeder, Vertreter der Nebenklage im Siegener König-Prozess, vor einem Modell des KZ Auschwitz-Birkenau.
/ The lawyers Arnold Roßberg and Uli Roeder, representatives of the accessory prosecution in the König trial, in front of a model of the Auschwitz-Birkenau concentration camp.



Nachdem viele ranghohe Nationalsozialisten nach 1945 ihre Karrieren in staatlichen Behörden und in anderen wichtigen Institutionen fortsetzten, starteten Oskar und Vinzenz Rose eine Initiative, um die Verantwortlichen des Völkermordes an Sinti und Roma ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Im Juli 1948 erstatteten die Brüder Rose Strafanzeige gegen Robert Ritter, den vormaligen Leiter der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ sowie gegen SS-Angehörige des sog. „Zigeunerreferats“ im Reichssicherhauptamt (RSHA), darunter Wilhelm Supp, Josef Eichberger, Hans Maly und Leo Karsten, die im RSHA die gleichen Funktionen innehatten, wie Adolf Eichmann und sein Stab für die Deportation der Juden.

Paul Werner, der als SS-Oberführer zur RSHA-Spitze gehörte und einer der Haupttäter des Völkermordes war, wurde nach 1949 Ministerialrat im badenwürttembergischen Innenministerium. Werner hatte einige Jahre das sog. „Zigeunerreferat“ im RSHA unterstanden. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde 1963 durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart mit der Begründung eingestellt, es habe sich um „Maßnahmen gegen die Zigeunerplage“ gehandelt und diese seien „nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1956 nicht rassistisch“ begründet gewesen. Vorgeworfen worden war ihm die Beteiligung an Deportationen und Mordaktionen.

Ein Prozess am Landgericht Siegen gegen den SS-Blockführer Ernst-August König im sog. „Zigeunerlager“ des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau hatte erstmals den Völkermord an den Sinti und Roma in einem eigenständigen Verfahren zum Gegenstand. Eine Anklage erfolgte erst, nachdem der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 1985 König angezeigt und damit neue Ermittlungen ausgelöst hatte. König wurde vom Landgericht Siegen am 24. Januar 1991 wegen mehrfachen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Dieses Urteil blieb leider ein Einzelfall. Gegen viele der Verantwortlichen wurde nicht oder nur unzureichend ermittelt. Am Ende wurden die Verfahren mit diskriminierenden Begründungen eingestellt.

Angeklagter Ernst-August König,
SS-Blockführer im KZ Auschwitz-Birkenau,
und sein Verteidiger.

/ The accused Ernst-August König,
SS guard at Auschwitz-Birkenau concentration
camp, and his defending lawyer.

/ Seeing that numerous high-ranking Nazis continued their careers in the state authorities and in other important institutions after 1945, Oskar and Vinzenz Rose launched an initiative to bring to justice those responsible for the genocide of the Sinti and Roma. In July 1948, the Rose brothers filed a complaint against the former head of the Nazi Reich's Eugenic and Criminal Biological Research Station (RHF), Robert Ritter, and against SS members of the "Zigeunerreferat" (Gypsy Section) in the Reich Security Main Office (RSHA), including Wilhelm Supp, Josef Eichberger, Hans Maly and Leo Karsten, who had held similar posts in the RSHA to those of Adolf Eichmann and his department for the deportation of the Jews.

Paul Werner, an SS Oberführer who was a leading figure in the RSHA and one of the main perpetrators of the genocide, became a ministerial advisor in the Baden-Württemberg Interior Ministry after 1949. The "Gypsy Section" was under Werner's control for a number of years. The investigative proceedings against him were halted in 1963 by the Stuttgart State Prosecutor's Office, with the justification that the matter related to "measures against the gypsy plague" and that this was "not racist according to the judgement of the Federal Court of Justice of 1956". He had been accused of involvement in deportations and murder programmes.

The trial in the Siegen Regional Court of the SS guard Ernst-August König, who had served in what was called the "Zigeunerlager" (gypsy camp) of the death camp of Auschwitz-Birkenau, was the first time that the genocide of the Sinti and Roma had been the subject of separate proceedings. The prosecution came about only after the Central Council of German Sinti and Roma lodged an action against König, thereby triggering renewed investigations. König was sentenced to life-long imprisonment by the Siegen Regional Court on 24 January 1991, on account of multiple murders. This verdict remained an isolated case. In the case of other persons responsible, the investigations were either not pursued or were pursued inadequately. The trials were halted with discriminatory justifications.

Das Gedenken an die Opfer und die Erinnerung an den Völkermord

/ Commemorating the victims and
remembrance of the genocide



50. Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen; Aktion zur Durchsetzung des Denkmals in Mauthausen am 7. Mai 1995; von links u.a. Herbert Adler, Adolf Heilig, Fr. Malinowski, Wilhelm Spindler, Erich Schneeberger.

/ 50th anniversary of the liberation of Mauthausen concentration camp; campaign for the establishment of the memorial in Mauthausen on 7 May 1995; from the left, inter alia Herbert Adler, Adolf Heilig, Fr. Malinowski, Wilhelm Spindler, Erich Schneeberger.

2



3



4



7



5



6



Der Holocaust an den Sinti und Roma wurde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus jahrzehntelang aus dem historischen Gedächtnis und der öffentlichen Erinnerung verdrängt. Der Völkermord wurde nicht nur in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ignoriert, auch an den historischen Orten der Verfolgung, den Mahn- und Gedenkstätten, fand lange Zeit keine Auseinandersetzung mit diesem Verbrechen statt. Das galt auch für Gedenkveranstaltungen in Auschwitz und anderen Orten der Vernichtung. Dass sich die Erinnerung an den Völkermord an den Sinti und Roma heute grundlegend geändert hat, ist vor allem auf die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma und die Arbeit des Zentralrates zurückzuführen.

Im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, der Facheinrichtung des Zentralrats, wurde in einer ständigen Ausstellung die Dimension des Völkermordes an den Sinti und Roma erstmals 1997 für eine breite Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Am 2. August 2001 wurde darüber hinaus unter Federführung des Dokumentationszentrums im Staatlichen Museum Auschwitz eine ständige Ausstellung zur europäischen Dimension des Völkermordes an den Sinti und Roma eröffnet, die jedes Jahr zehntausende internationale Besucher zählt. Als Konsequenz aus dieser internationalen Arbeit wurde Romani Rose am 29. Mai 2006 als erster Vertreter der Sinti und Roma von der Polnischen Regierung zum Mitglied des Internationalen Auschwitz-Rates ernannt. Vertreter des Heidelberger Zentrums wurden außerdem in Fachgremien berufen, die Gedenkstätten beraten und deren konzeptionelle und inhaltliche Arbeit mit gestalten. Als Ergebnis dieser engen Kooperationen ist der Genozid an den Sinti und Roma inzwischen in vielen Ausstellungen der NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren ein fest verankertes Thema.

- 2 Mit dem niederländischen Sinto und Holocaust-Überlebenden Zoni Weisz hielt erstmals ein Vertreter der Sinti und Roma die Hauptrede bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2011.
/ Zoni Weisz, a Dutch Sinti and Holocaust Survivor, was the first representative of Sinti and Roma to give the main speech at the commemoration event for the victims of National Socialism in the German parliament on 27 January 2011.
- 3 Israelischer Jugendlicher bei der Gedenkfeier in Mauthausen, 1995.
/ Israeli youth at the commemoration event in Mauthausen, 1995.
- 4 Seit 1993 wird anlässlich des Jahrestages von Himmlers „Auschwitz-Erlass“ vom 16. Dezember 1942 mit einer offiziellen Feierstunde im Bundesrat der Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes an den Sinti und Roma gedacht.
/ Since 1993 there has been an annual ceremony at the Federal Council on the occasion of the anniversary of Himmler's "Auschwitz Decree" of 16 December 1942 to remember the Sinti and Roma who fell victim to the Nazi genocide.
- 5 Die polnische Regierung berief Romani Rose als ersten Vertreter der Sinti und Roma zum Mitglied des Internationalen Auschwitz-Rates, 2006.
/ The Polish government appointed Romani Rose as the first Sinti and Roma representative to be a member of the International Auschwitz Committee, 2006.
- 6 Der Holocaustüberlebende Siegfried Heilig und Hugo Höllenreiner, Überlebender des KZ Auschwitz, auf der Gedenkfeier in der Gedenkstätte Sachsenhausen, 2012.
/ The Holocaust survivors Siegfried Heilig and Hugo Höllenreiner, a survivor of the Auschwitz concentration camp, at the commemoration at the Sachsenhausen memorial site, 2012.
- 7 Romani Rose mit Władysław Bartoszewski, Überlebender des KZ Auschwitz und ehem. Polnischer Außenminister.
/ Romani Rose with Władysław Bartoszewski, a survivor of Auschwitz concentration camp and former Polish Foreign minister.

/ Following the liberation from National Socialism, the Holocaust of the Sinti and Roma was suppressed from historical memory and from public remembrance for decades. The genocide was not only ignored in politics, society and academia; even in the historical places of persecution, at the memorial and commemorative sites, there was no attention dedicated to this crime for a long time. This was also true for the commemorative events in Auschwitz and at other extermination sites. The fundamental change of the remembrance culture of the genocide of the Sinti and Roma is primarily due to the German Sinti and Roma civil rights movement and the work of the Central Council.

In 1997, the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma, a specialist centre established by the Central Council, opened a permanent exhibition on the European dimension of the Holocaust of the Sinti and Roma. This was the first time that the scale of the genocide perpetrated against Sinti and Roma was presented to the public. On 2 August 2001, under the direction of the Documentation Centre, a permanent exhibition about the Nazi genocide of the Sinti and Roma was opened in the Auschwitz State Museum, which has several thousand visitors every year. Because of this international work, the Polish government appointed Romani Rose as a member of the International Auschwitz Committee on 29 May 2006, as the first Sinti and Roma representative. Representatives of the Heidelberg Centre were also appointed to specialist committees advising memorial sites and assisting them in their work, on the conceptual and content levels. As a result of this close cooperation, the genocide of the Sinti and Roma is now well-documented in many exhibitions at commemorative sites and documentation centres.

Gedenken in Auschwitz

/ Remembrance in Auschwitz



Erste Gedenkfahrt des Zentralrats
nach Auschwitz am 2. August 1985.
/ The first commemorative visit of
the Central Council to Auschwitz,
2 August 1985.

2



3



4



5

6

Jährlich am 2. August erinnert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit einer internationalen Gedenkfeier auf dem Gelände der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau an die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus und gedenkt der Opfer. Der Zentralrat lädt dazu seit 1985 Überlebende der Minderheit aus Deutschland ein. Bei dem Gedenktakt sind die Regierungen Polens und anderer Staaten regelmäßig hochrangig vertreten. Auf Beschluss des polnischen Parlaments gilt der 2. August seit dem Jahr 2011 als nationaler Gedenktag für die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an der Minderheit. Am 15. April 2015 nahm das Europäische Parlament mit einer großen Mehrheit eine Entschließung an, in der das Parlament den Völkermord an über 500.000 Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten offiziell anerkennt, sowie den 2. August als Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma benennt.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum ermöglicht Enkeln und Urenkeln der Verfolgten seit dem Jahr 2008 im Rahmen von Bildungs- und Gedenkfahrten die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit dem historischen Ort und gewährleistet damit die Kontinuität der erinnerungspolitischen Arbeit. Die Bildungsfahrt umfasst neben der Teilnahme an der zentralen Gedenkveranstaltung Zeitzeugengespräche, Workshops und eine Annäherung an das Gastland Polen und findet seit mehreren Jahren in Zusammenarbeit mit dem internationalen Roma-Jugendnetzwerk „ternYpe“ statt.

Das sogenannte „Zigeunerfamilienlager“ war im Februar 1943 von der SS im Abschnitt B II e im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau errichtet worden. Rund 23.000 Sinti und Roma aus ganz Europa waren auf Grundlage des „Auschwitz-Erlasses“ vom 16. Dezember 1942 dorthin deportiert worden. Über 19.000 der Internierten wurden ermordet. Ein Widerstandsversuch von 6.000 noch lebenden Häftlingen am 16. Mai 1944 konnte die endgültige Ermordung der Insassen nur hinauszögern. Nach dem Abtransport von arbeitsfähigen Häftlingen erfolgte in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 die „Liquidierung“ des Lagers: Die dort verbliebenen etwa 2.900 Kinder, Frauen und älteren Menschen wurden in den Gaskammern getötet.

2 Bereits 1974 hatte Vinzenz Rose, der Onkel von Romani Rose, aus privaten finanziellen Mitteln ein Mahnmal auf dem Gelände des einstigen „Zigeunerlagers“ in Auschwitz-Birkenau errichtet, für welches Backsteine von allen Häftlingsblocks auf dem Gelände des ehemaligen „Zigeunerlagers“ verwendet wurden.
/ Earlier, in 1974, Vinzenz Rose – the uncle of Romani Rose – had used private funds to erect a memorial on the site of the former “gypsy camp” in Auschwitz-Birkenau, using bricks from all the prisoner blocks on the site of the former “gypsy camp”.

3 Hermann „Mano“ Höllenreiner, Auschwitz-Überlebender, 2014, Foto: Behar Heinemann.

/ Hermann “Mano” Höllenreiner, Auschwitz survivor, 2014, photo: Behar Heinemann.

4 Silvio Peritore und Adolf Heilig.
/ Silvio Peritore and Adolf Heilig.

5 Raymond Gurême, französischer Rom, Holocaust Überlebender und Mitglied der Résistance, mit Jugendlichen in Auschwitz, 2014, Foto: Ludwig Versace / La Voix des Roms.
/ Raymond Gurême, a French Roma, Holocaust survivor and member of the Resistance, with young people in Auschwitz, 2014, photo: Ludwig Versace / La Voix des Roms.

6 Anlässlich des 70. Jahrestages der „Liquidierung“ des „Zigeunerlagers“ nahmen 1.000 junge Erwachsene aus ganz Europa an der zentralen Gedenkveranstaltung in Auschwitz teil, 2014, Foto: Marton Nemenyi / Phiren Amenca.
/ To mark the 70th anniversary of the “liquidation” of the “gypsy camp”, 1,000 young adults from across Europe attended the central commemoration event in Auschwitz, 2014, photo: Marton Nemenyi / Phiren Amenca.

/ On 2 August of every year, the Central Council of German Sinti and Roma holds an international commemoration event at the site of the Auschwitz-Birkenau memorial, in order to recall the persecution and murder of the Sinti and Roma under National Socialism and to remember the victims. Since 1985, the Central Council has been inviting Holocaust survivors belonging to the minority from all over Germany to participate in this event. The remembrance ceremony is regularly attended by senior representatives from the governments of Poland and other states. In 2011, the Polish Parliament declared the 2 August to be the national Day of Remembrance for the victims of the Nazi genocide perpetrated against the minority. On 15 April 2015, the European Parliament voted with an overwhelming majority to officially recognize the genocide perpetrated against over 500,000 Sinti and Roma by the Nazis and their affiliates. It also declared the 2 August as the European Roma Holocaust Memorial Day.

Since 2008, the Documentation and Cultural Centre has enabled the grandchildren and great grandchildren of the persecuted to participate in educational and commemorative trips to learn about the historical site, thereby facilitating the continuity of its remembrance work. The educational trip includes attending the central commemoration event, meetings with eyewitnesses and seminar sessions. And it gives the participants opportunities to get to know the host country Poland. For years now, it has been organised in collaboration with the International Roma Youth Network “ternYpe”.

The camp, referred to as the “Zigeunerfamilienlager” (gypsy family camp), was built by the SS in February 1943 in Section B II e of the Auschwitz-Birkenau death camp. Around 23,000 Sinti and Roma from across Europe were deported to the camp, based on the “Auschwitz Decree” of 16 December 1942. Over 19,000 of those interned there were murdered. A resistance uprising attempted by 6,000 prisoners on 16 May 1944 staved off the final murder of the inmates only temporarily. The camp was “liquidated” from 2 to 3 August, after prisoners who were fit for work had been removed. The remaining prisoners, numbering around 2,900 Sinti and Roma (women, older people and children) were killed in the gas chambers.

Das Verhältnis zu den Kirchen

/ The relationship with the Churches



Audienz bei Papst Johannes Paul II.,
von links: Romani Rose, Wilhelm
Spindler, Anton Franz, 1986.
/ The audience with Pope John Paul II,
from left to right: Romani Rose,
Wilhelm Spindler, Anton Franz, 1986.

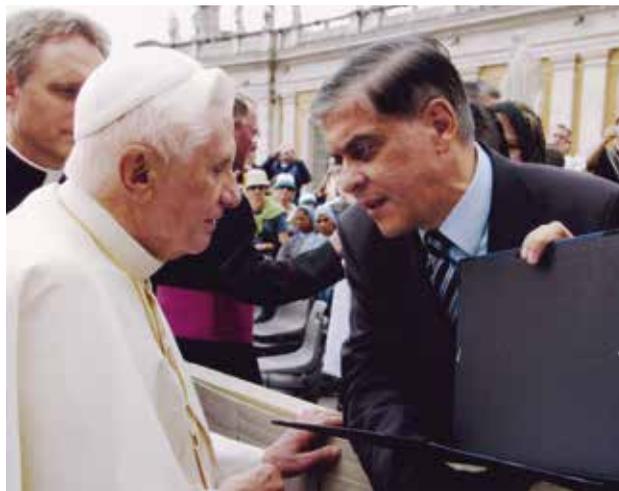
2



3



4



5

Der Großteil der deutschen Sinti und Roma war katholisch, ein kleinerer Teil evangelisch. Dennoch hatten sich beide großen christlichen Kirchen mitschuldig am NS-Völkermord an den Sinti und Roma gemacht. Durch die Öffnung ihrer Kirchenbücher waren Daten über die Abstammung von Sinti und Roma an die Verfolgungsinstanzen gelangt. Katholische Kinderheime wie die St. Josefpflege in Muldingen hatten ihre Schützlinge aus den Reihen der Sinti und Roma der Deportation nach Auschwitz überlassen, und in Kroatien war die katholische Kirche eng verstrickt gewesen in die Verbrechen der Ustascha an der örtlichen Roma-Bevölkerung. Weder der Vatikan noch die Deutsche Bischofskonferenz hatten die Deportationen von Sinti und Roma öffentlich kritisiert. 1944 hatte Oskar Rose, der Vater von Romani Rose, versucht, Michael Kardinal von Faulhaber zu bitten, gegen die Verfolgung der Sinti und Roma zu intervenieren. Doch über seinen Sekretär ließ der Kardinal Oskar Rose abweisen. In seinem Tagebuch berief sich Faulhaber diesbezüglich auf die Hilflosigkeit der katholischen Kirche.

Über dreißig Jahre lang schenkten weder die evangelische noch die katholische Kirche dem NS-Völkermord an Sinti und Roma Beachtung. Seit 1979 informierten – nach längeren Verhandlungen – Sinti und Roma auf den Evangelischen Kirchentagen über ihre Bürgerrechtsarbeit. Durch Vermittlung von Joseph Kardinal Höffner erhielt eine Delegation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma im Mai 1986 die Gelegenheit zu einer Privataudienz mit Papst Johannes Paul II. Romani Rose sowie die beiden stellvertretenden Zentralratsvorsitzenden Wilhelm Spindler und Anton Franz berichteten dem Papst über die Situation der Minderheit in Europa. Johannes Paul II. bekundete seine „moralische Unterstützung“ für die Bemühungen des Zentralrats, die Lage der Roma in den verschiedenen Staaten verbessern zu wollen.

1988 kam es im Dom zu Speyer zum ersten Gedenkgottesdienst zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. In seiner Botschaft zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Jahr 2005 erinnerte Papst Johannes Paul II. auch an die Verfolgung der Sinti und Roma. Trotz dieser wichtigen symbolischen Gesten bekennen sich die katholische Kirche und der Vatikan bis heute nicht eindeutig zu ihrer Mitverantwortung am NS-Völkermord an den Sinti und Roma.

- 2** Erster Gedenkgottesdienst an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma im Dom zu Speyer, 1988.
/ First service in remembrance of the Sinti and Roma murdered by the Nazis, in the Speyer Cathedral, 1988.
- 3** Stand des Zentralrats auf dem Evangelischen Kirchentag, 1983.
/ The Central Council's booth at the German Protestant Kirchentag, 1983.

- 4** Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel beim Stand des Zentralrats auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover, 1983.
/ Federal Justice Minister Hans-Jochen Vogel at the Central Council's booth at the convention of the German Protestant Kirchentag in Hanover, 1983.
- 5** Romani Rose mit Papst Benedikt XVI., 2007.
/ Romani Rose with Pope Benedict XVI, 2007.

/ The majority of German Sinti and Roma were Catholic, with a smaller number being Evangelical. However, both major Christian Churches were culpable in the Nazi genocide of the Sinti and Roma. They provided the authorities organizing the persecution with information about the ancestry of Sinti and Roma by disclosing their church records. Catholic children's homes such as St. Josefpflege in Mulfingen gave up the Sinti and Roma children in their care for deportation to Auschwitz. In Croatia, the Catholic Church was closely involved in the crimes by the Ustaže against the local Roma population. Neither the Vatican nor the Conference of German Bishops had publicly criticised the deportations of Sinti and Roma. In 1944, Oskar Rose, the father of Romani Rose, had attempted to petition Cardinal Michael von Faulhaber to intervene against the persecution of the Sinti and Roma. However, the Cardinal had Oskar Rose sent away by his secretary. In his diary, Faulhaber made a reference to the helplessness of the Catholic Church.

For over thirty years, neither the Evangelical Church nor the Catholic Church paid attention to the Nazi genocide of the Sinti and Roma. Since 1979, and following long negotiations, Sinti and Roma have been able to present their civil rights work at the German Protestant Kirchentag convention. Through the mediation of Cardinal Joseph Höffner, a delegation from the Central Council of German Sinti and Roma had the opportunity to have a private audience with Pope John Paul II in May 1986. Romani Rose and two deputy Central Council chairpersons, Wilhelm Spindler and Anton Franz, informed the Pope about the situation of the Sinti and Roma in Europe. John Paul II declared his "moral support" for the Central Council's efforts aimed at improving the situation of the Roma in the various countries.

In 1988, the Speyer Cathedral hosted the first memorial service in remembrance of the Sinti and Roma murdered by the Nazis. In his message on the 60th anniversary of the liberation of Auschwitz in 2005, Pope John Paul II also recalled the persecution of the Sinti and Roma. Despite these important symbolic acts, the Catholic Church and the Vatican have still not clearly acknowledged their co-responsibility for the Nazi genocide of Sinti and Roma.

Anerkennung als nationale Minderheit **/ Recognition as a national minority**



Delegation des Zentralrats beim
amerikanischen Botschafter Richard
Holbrooke in Bonn, 1993.
/ The delegation of the Central Council
to US Ambassador Richard Holbrooke
in Bonn, 1993.

2



3



4



5

Die deutschen Sinti und Roma gehören neben der dänischen Minderheit, den Friesen und den Sorben zu den vier alteingesessenen Minderheiten in Deutschland. Die offizielle Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit erfolgte durch die Bundesrepublik Deutschland mit der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten am 11. Mai 1995, das seit 1998 als Bundesgesetz gilt. Dies war ein wichtiger Erfolg der Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats und seiner Landesverbände. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hatte ursprünglich die Absicht, den deutschen Sinti und Roma einen einklagbaren Minderheitenschutz im Rahmen der europäischen Abkommen zu verwehren. Als Begründung wurde dabei angeführt, es handele sich bei den deutschen Sinti und Roma um eine „Minderheit ohne festes Staatsgebiet“ und bei dem von ihnen gesprochenen Romanes um eine „Sprache ohne eigenen Sprachraum“. Der Zentralrat sah darin einen Verstoß gegen das UN-Abkommen gegen Rassendiskriminierung und hatte sich u.a. an die Botschafter der USA und Israels mit der Bitte gewandt, bei der Bundesregierung zu intervenieren.

Im Jahr 2005 schloss sich der Zentralrat zur besseren Vertretung seiner Interessen gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag mit den drei anderen autochthonen nationalen Minderheiten im Minderheitenrat zusammen, zu dessen Aufgaben unter anderem die Überwachung der eingegangenen Verpflichtungen des Bundes im Hinblick auf das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten gehört. Am 18. März 2015 wurde beim Bundesministerium des Innern der Beratende Ausschuss für Fragen der deutschen Sinti und Roma konstituiert, welcher der Minderheit den regelmäßigen Kontakt zu der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag ermöglicht und dessen Vorsitz jeweils der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten innehat.

- 2 Zentralratsjustiziar Arnold Roßberg und Romani Rose thematisieren den rassistischen NPD Wahlkampf im Gesprächskreis Minderheiten im Innenausschuss des Deutschen Bundestags, 2014, Foto: Minderheitensekretariat.
/ Romani Rose and Central Council legal advisor Arnold Roßberg raising the issue of the racist NPD election campaign in the discussion group on minorities in the Internal Affairs Committee of the German Parliament (Bundestag), 2014, photo: Minority Secretariat.
- 3 Konstituierende Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der deutschen Sinti und Roma mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière, 2015, Foto: Minderheitensekretariat.
/ Inaugural meeting of the Advisory Committee for Matters Relating to the German Sinti and Roma, with Federal Interior Minister Thomas de Maizière, 2015, photo: Minority Secretariat.
- 4 Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, mit den Zentralratsvertretern Oswald Marschall, Joschi Rose, Carmen Marschall auf dem Tag der Offenen Tür im Bundesinnenministerium, 2016, Foto: Minderheitensekretariat.
/ Federal Government Commissioner for Matters Related to Ethnic German Resettlers and National Minorities, Hartmut Koschyk, with Central Council representatives Oswald Marschall, Joschi Rose and Carmen Marschall at the Federal Interior Ministry Open Door Day, 2016, photo: Minority Secretariat.
- 5 Konferenz zur Sprachencharta des Europarates, mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, Minderheitenbeauftragtem Hartmut Koschyk, der Vertreterin des Zentralrats Petra Rosenberg und den Mitgliedern des Minderheitenrates, 2014; Foto: Minderheitensekretariat.
/ Conference on the Council of Europe's Charter on Minority Languages, with Bundestag President Norbert Lammert, Minorities Commissioner Hartmut Koschyk, Central Council representative Petra Rosenberg and members of the Minority Council, 2014, photo: Minority Secretariat.

/ The German Sinti and Roma are amongst the four autochthonous minorities in Germany, alongside the Danish minority, the Frisians and the Sorbs. The German Sinti and Roma were officially recognised as a national minority in the Federal Republic when the Framework Convention of the Council of Europe for the Protection of National Minorities was signed on 11 May 1995; accordingly, it became part of the federal law in 1998. This was a major success of the civil rights work of the Central Council and of its regional associations. The federal government under Helmut Kohl had originally intended to oppose granting enforceable minority protection to German Sinti and Roma under the European Convention. They justified this by reasoning that the German Sinti and Roma were a “minority with no fixed national area” and the Romani language spoken by them was a “language without its own language area”. The Central Council viewed this as a violation of the UN convention against racial discrimination (ICERD), and turned to leading figures such as the US and Israeli ambassadors, asking them to intervene with the federal government.

In order to better represent its interests to the federal government and to the German parliament, in 2005 the Central Council came together with the three other autochthonous national minorities to establish the Minority Council. Its tasks include monitoring the obligations entered into by the federal government in respect to the European Framework Convention for the Protection of National Minorities. On 18 March 2015, the Advisory Committee for Matters Relating to the German Sinti and Roma was established at the Federal Interior Ministry, enabling the minority to have regular contact with the federal government. Its chairmanship is held respectively by the Federal Government Commissioner for Matters Related to Ethnic German Resettlers and National Minorities.

Die Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma

/ Official opening of the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma



Eröffnung der Ausstellung mit Bundespräsident Roman Herzog, dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth; 1997.

/ The opening of the exhibition in the presence of Federal President Roman Herzog, Baden-Württemberg State Prime Minister Erwin Teufel and President of the German Parliament (Bundestag) Rita Süßmuth; 1997.

2



3



4



6



5



8

7

Die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma hatte erstmals nach Beendigung des Hungerstreiks in Dachau 1980 die Errichtung eines Dokumentations- und Kulturzentrums in Dachau gefordert. Dieses sollte als Symbol des neuen Selbstbewusstseins der Minderheit in die Gesellschaft wirken und den NS-Völkermord an den Sinti und Roma dokumentieren. Die Stadt Dachau und der bayerische Landtag hatten dies jedoch abgelehnt, da sie fürchteten, dass Vorurteile gegenüber Sinti und Roma auch der Kommune schaden könnten. Im März 1997 konnte schließlich die erste Dauerausstellung zum NS-Völkermord an Sinti und Roma im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg eröffnet werden. Seit 1986 hatten die Freudenberg Stiftung und der Unternehmer Hermann Freudenberg die Konzeption und Entwicklung des Zentrums unterstützt, sowie 1987 für den Erwerb des Gebäudes in der Bremen- eckgasse 2 in Heidelberg gebürgt.

Über 700 nationale und internationale Gäste wohnten dem Festakt zur Eröffnung im Innenhof des Zentrums bei, darunter Unterstützer wie die Pianistin Hephzibah Hauser und ihr Bruder, Lord Yehudi Menuhin. Bundespräsident Roman Herzog hielt in seiner Rede fest:

„Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma versteht sich seitdem als Ort der Begegnung, des Dialogs sowie des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Mit seiner weltweit ersten Dauerausstellung zum NS-Völkermord an den Sinti und Roma bildet diese zentrale Einrichtung der Minderheit eine Brücke zwischen historischer Erinnerung und Gegenwart.

2 Eröffnungsveranstaltung, 1997.
/ Opening event, 1997.

3 Lord Yehudi Menuhin, 1997.

4 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, 1997.
/ Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma, 1997.

5 Führung durch die Ausstellung mit Bundespräsident Roman Herzog und Ministerpräsident Erwin Teufel, 1997.
/ Guided tour of the exhibition with Federal President Roman Herzog and Baden-Württemberg State Prime Minister Erwin Teufel, 1997.

6 Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, 1997.

/ Ignatz Bubis, Chairman of the Central Council of Jews in Germany, 1997.

7 Eröffnung der Berliner Repräsentanz des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma im Oktober 2015, Foto: Nino Nihad Pusija.

/ The opening of the Berlin Representative Office of the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma, October 2015, photo: Nino Nihad Pusija.

8 Romani Rose, 2015, Foto: Nino Nihad Pusija.

/ Romani Rose, 2015, photo: Nino Nihad Pusija.

/ The German Sinti and Roma civil rights movement had first called for the establishment of a Documentation and Cultural Centre in Dachau following the end of the hunger strike in Dachau in 1980. It was intended to serve as a symbol of the new self-awareness of the minority in society, and to document the Nazi genocide of the Sinti and Roma. However, the Dachau town administration and the Bavarian state parliament had turned this down, as they feared that prejudice against Sinti and Roma could also harm the local area. In March 1997, the first permanent exhibition on the Nazi Holocaust of the Sinti and Roma was opened in the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma in Heidelberg. Since 1986, the Freudenberg Foundation and the entrepreneur Hermann Freudenberg had supported the concept and the development of the Centre. In 1987, when the building at Bremeneckgasse 2 in Heidelberg was acquired, he acted also as guarantor for the Documentation Centre.

Over 700 national and international guests attended the celebration marking the formal opening, held in the inner courtyard of the Centre; these included supporters such as the pianist Hephzibah Hauser and her brother, Lord Yehudi Menuhin. In his speech, Federal President Roman Herzog said:

“The genocide of the Sinti and Roma was motivated by the same obsession with race, carried out with the same resolve and the same intent to achieve their methodical and final extermination as the genocide against the Jews. Throughout the National Socialists’ sphere of influence, the Sinti and Roma were murdered systematically, family by family, from the very young to the very old.”

The Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma sees itself as a place of encounter, of dialogue and of remembrance of the victims of National Socialism. With the world’s first permanent exhibition on the Nazi genocide of the Sinti and Roma, this central establishment of the minority forms a bridge between historical remembrance and the present.

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas

/ The Memorial to the Sinti and Roma of Europe Murdered under the National Socialist Regime



Demonstration zur Durchsetzung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, 2003.
/ The demonstration for the establishment of the Memorial to the Sinti and Roma of Europe Murdered under the National Socialist Regime, 2003.



2



3

4



5



6

Ende 1992 hatten sich die politischen Vertretungen der Sinti und Roma wie der Juden in Deutschland darauf verständigt, dass es getrennte Erinnerungsorte für Sinti und Roma sowie Juden in Berlin geben sollte. Die Initiative des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma für ein gemeinsames Denkmal aller Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes hatte keinen Erfolg gehabt.

1994 schlug der Berliner Senat den Standort im Tiergarten zwischen Reichstag und Brandenburger Tor für das Denkmal vor. Der Bau des Denkmals verzögerte sich jedoch jahrelang auf Grund politischer Auseinandersetzungen. Es ist dem beharrlichen Einsatz des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zu verdanken, dass das Denkmal 20 Jahre nach der grundsätzlichen politischen Zustimmung der Bundesregierung im Oktober 2012 im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck endlich eingeweiht werden konnte. Der Entwurf stammt von dem international renommierten Künstler Dani Karavan. Die Inschrift des Denkmals ist ein Gedicht mit dem Titel „Auschwitz“ verfasst von Santino Spinelli, der selbst der Minderheit angehört. Den Mittelpunkt des Denkmals bildet ein kreisrunder „See der Erinnerung“, in dessen Zentrum sich ein Granitstein befindet, auf den täglich eine frische Blume gelegt wird. Darüber hinaus informieren Tafeln über Ausgrenzung und Massenmord an der Minderheit während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft.

Das Denkmal erinnert an den Völkermord an Sinti und Roma und soll den nur noch wenigen Überlebenden des Holocausts eine späte Anerkennung zuteilwerden lassen. Zugleich ist es ein symbolisches Bekenntnis der besonderen historischen Verantwortung von Politik und Gesellschaft gegenüber den heute in Europa lebenden 12 Millionen Sinti und Roma.

2 Delegation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma vor der Unterschriftenübergabe im Reichstag, 2001.

/ The delegation of the Central Council of German Sinti and Roma before handing over signatures at the Reichstag building, 2001.

3 Die junge Sintezza Messina Weiss-Roché trägt die erste Blume zum Denkmal, dahinter Bundespräsident Joachim Gauck, 2012, Foto: Jens Jeske.

/ Young Sintezza Messina Weiss-Roché carries the first flower to the monument, followed by Federal President Joachim Gauck, 2012, photo: Jens Jeske.

4 Eröffnung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, am 24. Oktober 2012, Foto: Jens Jeske.

/ Unveiling the Memorial to the Sinti and Roma of Europe Murdered under the National Socialist Regime, 24 October 2012, photo: Jens Jeske.

5 Bundeskanzlerin Angela Merkel, 2012, Foto: Radmila Mladenova.

/ Federal Chancellor Angela Merkel, 2012, photo: Radmila Mladenova.

6 Gedenken am Mahnmal mit dem Künstler Dani Karavan, Kanzlerin Angela Merkel, Altbundespräsident Richard von Weizsäcker und dem Auschwitzüberlebenden Reinhard Florian, 2012, Foto: Jens Jeske.

/ Commemoration at the memorial with artist Dani Karavan, Chancellor Angela Merkel, former Federal President Richard von Weizsäcker and Auschwitz survivor Reinhard Florian, 2012, photo: Jens Jeske.

/ At the end of 1992, the political representatives of the Sinti and Roma and of the Jews in Germany agreed that there should be separate places of commemoration for Sinti and Roma and for Jews in Berlin. Before that, an earlier initiative of the Central Council of German Sinti and Roma for a joint memorial to all victims of the Nazi genocide was not successful.

In 1994, the Berlin Senate proposed a site for the memorial in the Tiergarten between the Reichstag building and the Brandenburg Gate. However, construction of the memorial was delayed for years due to political disagreements. It is thanks to the persistent engagement of the Central Council of German Sinti and Roma that the memorial was finally inaugurated in October 2012, 20 years after the in-principle political approval of the federal government. The ceremony took place in the presence of Chancellor Angela Merkel and President Joachim Gauck. Internationally renowned artist Dani Karavan had designed the monument. The inscription on the monument is a poem called "Auschwitz", written by Santino Spinelli, who is a member of the minority. The centre-point of the monument is formed by a circular "lake of remembrance", in the middle of which stands a granite stone on which a fresh flower is laid every day. In addition, panels provide information about the marginalisation and mass murder of the minority during the Nazi reign of terror.

The monument is a reminder of the genocide of the Sinti and Roma and is intended to grant belated recognition to the few remaining survivors of the Holocaust. At the same time, it is a symbolic declaration of the special historical responsibility of politics and society towards the 12 million Sinti and Roma living in Europe today.

Internationale Arbeit / International work



Romani Rose bei der Gründung der internationalen Menschenrechtsorganisation IMADR in Tokio, 1988.
/ Romani Rose at the founding of the international human rights organisation IMADR in Tokyo, 1988.

2



*Amici miei -
Enjoyed meeting you - but made by [unclear]*

3



4



6



5



7



8



9

Die internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung war von Anfang an wichtigstes Mittel für die Bürgerrechtsbewegung, um gegen den fortbestehenden Rassismus anzugehen und die Anerkennung des Völkermords an den Sinti und Roma durchzusetzen. Die International Herald Tribune und andere internationale Medien berichteten über die große Gedenkfeier 1979 in Bergen-Belsen und den Hungerstreik 1980 im ehemaligen Konzentrationslager Dachau. Andere diskriminierte Minderheiten, wie die Burakumin aus Japan, zeigten ihre Solidarität für die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma und halfen, Druck auf die deutsche Bundesregierung aufzubauen.

1997 veranstaltete die internationale Menschenrechtsorganisation IMADR („International Movement Against Discrimination and Racism“) gemeinsam mit dem Zentralrat eine Konferenz über aktuelle Formen von Rassismus im internationalen Vergleich im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. IMADR war 1988 in Tokio vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, anderen Minderheitenorganisationen und auf Initiative der Burakumin, einer bedeutenden japanischen Minderheit, gegründet worden. Der Zentralrat und Romani Rose sind führende Mitglieder der IMADR neben weiteren engagierten Einzelpersonen und Minderheitengruppen aus Asien, Nordamerika, Lateinamerika und Europa. Die Menschenrechtsorganisation sieht es als ihre Aufgabe an, jegliche Formen von Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen, auf die Arbeit internationaler Gremien Einfluss zu nehmen und nationale Regierungen zum Minderheitenschutz zu verpflichten.

Auf internationaler Ebene verfolgt der Zentralrat das Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein für den Holocaust an Sinti und Roma weiter zu stärken und auf Grund der Verantwortung der europäischen Geschichte den Antiziganismus als spezifische Form des Rassismus anzuerkennen und in Europa zu ächten. Gleichzeitig geht es darum, den Antidiskriminierungsschutz, die Minderheitenrechte und die Partizipation der Minderheit zu sichern.

- 2 Edward Kennedy, Washington, 1986.
- 3 IMADR Konferenz in Heidelberg, 1997.
/ IMADR conference in Heidelberg, 1997.
- 4 Tom Lantos, Abgeordneter im US Kongress, Anfang 90er Jahre.
/ Tom Lantos, senator in the US Congress, early 1990s.
- 5 Delegation des Zentralrats zum Holocaust-Gedenktag bei den Vereinten Nationen in New York, 2007.
/ The delegation of the Central Council at the United Nations in New York on the Holocaust Memorial Day, 2007.
- 6 Wiederaufbau von Häusern nach der Mordserie an Roma in Ungarn in Tatárszentgyörgy, 2010, im Bild u.a. Jacques Delfeld, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau.
/ Rebuilding houses after a series of murders of Roma in Hungary in Tatárszentgyörgy, 2010, pictured inter alia Jacques Delfeld, Deputy Chairman of the Central Council of German Sinti and Roma, and Vice-President of the German Bundestag Petra Pau.
- 7 Nelson Mandela in Heidelberg, am 15. September 1999.
/ Nelson Mandela in Heidelberg, 15 September 1999.
- 8 George Soros, Gründer der Open Society Foundations, die europaweit Projekte zur gleichberechtigten Teilhabe von Roma unterstützt. München, 6. Februar 2015.
/ George Soros, founder of the Open Society Foundations, which support efforts to promote equal opportunities for Roma throughout Europe. Munich, 6 February 2015.
- 9 Joe Biden, Abgeordneter im US Kongress, Washington, 1986.
/ Joe Biden, senator in the US Congress, Washington, 1986.

/ Right from the start, international attention and support was a vital means for the civil rights movement to counter persistent racism and to achieve the recognition of the genocide of the Sinti and Roma. The International Herald Tribune and other international media reported on the major commemoration in 1979 in Bergen-Belsen and on the hunger strike in 1980 in the former concentration camp at Dachau. Other discriminated minorities, such as the Burakumin from Japan, showed their solidarity with the Sinti and Roma civil rights movement and helped to build the pressure on the German federal government.

In 1997, the international human rights organisation IMADR (International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism) organised together with the Central Council a conference on the international comparison of current forms of racism. The conference was held at the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma in Heidelberg. IMADR was founded in Tokyo in 1988 by the Central Council of German Sinti and Roma and other minority organisations based on an initiative of the Burakumin, a notable Japanese minority. The Central Council and Romani Rose are leading members of the IMADR, together with other committed individuals and minority groups from Asia, North America, Latin America and Europe. The human rights organisation seeks to combat all forms of discrimination and racism, to exert influence on the work of international committees and to obligate national governments to protect their minorities.

At the international level, the Central Council seeks to raise society's awareness of the Holocaust of Sinti and Roma and, based on the responsibility deriving from European history, to acknowledge and ban antigypsyism as a specific form of racism in Europe. At the same time, the aim is to simultaneously ensure the rights of the minority and its participation in society.

Vertreibung von Roma aus dem Kosovo / Eviction and expulsion of Roma from Kosovo



Besuch von Romani Rose im Kosovo, im Bild u.a. mit Haxhi Zulfi Mergja, Präsident der Roma-Organisationen des Kosovo, 1999.

/ Romani Rose visiting Kosovo, pictured inter alia with Haxhi Zulfi Mergja, President of the Roma Organisations of Kosovo, 1999.

2



3



4



5

Während die Bürgerrechtsbewegung der Deutschen Sinti und Roma in den 1980er und 1990er Jahren langsame Veränderungen und Erfolge erzielen konnte, hatten die Transformationsprozesse nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den 1990er Jahren für viele Roma in Ost- und Südosteuropa dramatische Folgen. Die vielen Flüchtlinge in Deutschland aus dem zerfallenden Jugoslawien forderten Solidarität für ihre Situation und der zunehmende Rassismus und Antiziganismus in Deutschland betraf zugewanderte Roma ebenso wie die deutsche Minderheit der Sinti und Roma.

Nirgends war die Situation vermutlich so dramatisch wie im Kosovo. Roma kamen als ethnische Minderheit zwischen die Fronten der Nationalitätenkonflikte. Im Juni 1999 kam es unter den Augen der KFOR-Truppen zu ersten Übergriffen albanischer Nationalisten gegen Roma-Familien. Daraufhin bat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma den Bundesaußenminister Joschka Fischer und den UN-Flüchtlingskommissar (UNHCR) um einen umgehenden Schutz und die Garantie der Minderheitenrechte der Roma im Kosovo. Die internationale Gemeinschaft nahm gleichwohl in der Folge die systematische Vertreibung der Roma in Kauf; Morde, Entführungen und Brandanschläge von kosovoalbanischen Nationalisten führten zu einer systematischen Vertreibung von über 100.000 der früheren über 150.000 Roma. Unzählige Menschen wurden und werden vermisst. Bis 2005 wurden ca. 14.000 Häuser niedergebrannt. Mit Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung besuchte Romani Rose im Oktober 1999 die Stadt Prizren im Kosovo. Er führte dort Gespräche mit Vertretern der UN-Interimsverwaltungsmission, der OSZE, der Führung der KFOR-Truppen sowie der Roma-Minderheit, insbesondere mit Haxhi Zulfi Mergja, dem Präsident der Roma-Organisationen des Kosovo und dem Vertreter der Minderheit im UN-Übergangsrat des Kosovo.

Rose forderte eine gleichberechtigte Beteiligung der Roma beim Aufbau der Verwaltung des Landes und appellierte an die Bundesregierung, sich international stärker für das Schicksal der Roma im Kosovo einzusetzen. Flüchtlinge sollten nicht mehr zwangsweise in das vom Bürgerkrieg zerrüttete Land zurückgeführt werden.

2 Vor dem KFOR Stützpunkt in Prizren, im Bild mit Arnold Roßberg, 1999.

/ In front of the KFOR base in Prizren, pictured with Arnold Roßberg, 1999.

3 Vom 8. bis 11. April 2013 reiste Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeinsam mit Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma und Romeo Franz, 1. Vorsitzender der Bildungs- und Kulturinitiative der Sinti und Roma, nach Serbien und Bulgarien.

/ From 8 to 11 April 2013, Claudia Roth, Federal Chair of the Green Party, travelled to Serbia and Bulgaria together with: Irene Alt, Minister for Integration, Family, Children, Youth and Women for Rheinland-Palatinate; Romani Rose, Chairman of the Central Council of the Sinti and Roma; and Romeo Franz, First Chairman of the Educational and Cultural Initiative of the Sinti and Roma.

4 Gespräch mit Bundesaußenminister Joschka Fischer, 1999.

/ Meeting with Federal Foreign Minister Joschka Fischer, 1999.

5 Kosovo-Fachveranstaltung des Zentralrats am 5. November 2015 in der Berliner Repräsentanz des Dokumentations- und Kulturzentrums. */ Expert event on Kosovo organised by the Central Council on 5 November 2015 in the Berlin office of the Documentation and Cultural Centre.*

/ While the German Sinti and Roma civil rights movement was able to bring about gradual changes and successes during the 1980s and 1990s, the transformation processes following the fall of the Iron Curtain in the 1990s had dramatic consequences for many Roma in Eastern and South-Eastern Europe. The many refugees coming to Germany from the collapsing state of Yugoslavia called for solidarity with their situation. The growing racism and antigypsyism in Germany affected migrant Roma already in the country as well as the German Sinti and Roma minority.

This situation was probably nowhere as dramatic as in Kosovo. Roma, as an ethnic minority, were caught between the two fronts in the conflict between the different nationalities. In June 1999, witnessed by KFOR troops, the first attacks against Roma families were perpetrated by Albanian nationalists. After this, the Central Council of German Sinti and Roma called on Federal Foreign Minister Joschka Fischer and the UN High Commissioner for Refugees (UNHCR) to offer immediate protection and a guarantee of minority rights to the Roma in Kosovo. The international community nevertheless subsequently tolerated the systematic displacement of the Roma; murders, kidnappings and arson attacks by Kosovan Albanian nationalists led to the systematic expulsion of over 100,000 of what were formerly over 150,000 Roma. Countless individuals went missing and remain missing. By 2005, around 14,000 homes were burned to the ground. With support from the red-green (Social Democrats and the Green Party) federal coalition government, Romani Rose visited the city of Prizren in Kosovo in October 1999. There, he held talks with representatives of the UN Interim Administration Mission, the OSCE, the commanders of the KFOR forces and the Roma minority, notably with Haxhi Zulfi Mergja, the President of the Roma Organisations of Kosovo and the representative of that minority in the UN's Kosovo Transitional Council.

Rose called for the Roma to have an equal say in the development of the country's administration and called on the German federal government to commit itself more strongly internationally to the defence of the Roma in Kosovo. Refugees should no longer be mandatorily repatriated to the country, shattered as it was by civil war.

Der Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma

/ The European Civil Rights Prize
of the Sinti and Roma



Preisverleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises am 13. April 2016 im Europäischen Parlament in Straßburg, von links: Ben Steele (Regisseur), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Ulrike Lunacek, Generalsekretär des Europarats Thorbjörn Jagland, Direktorin des EU-Büros des Preisträgers Amnesty International Iverna McGowan, Manfred Lautenschläger, Sonderpreisträgerin Eszter Hadjú, Angelika Lautenschläger, Romani Rose; Foto: Silviu Muscan.

/ Award ceremony of the European Civil Rights Prize on 13 April 2016 at the European Parliament in Strasbourg, from left to right: Ben Steele (film director), Vice-President of the European Parliament Ulrike Lunacek, Secretary General of the Council of Europe Thorbjörn Jagland, Director of the EU Office of the prize-winner Amnesty International Iverna McGowan, Manfred Lautenschläger, special award-winner Eszter Hadjú, Angelika Lautenschläger, Romani Rose; photo: Silviu Muscan.

2



3



4



5



6



7

Der von der Manfred Lautenschläger Stiftung gestiftete Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma wurde anlässlich des 10-jährigen Gründungsjubiläums des Dokumentationszentrums Deutscher Sinti und Roma im November 2007 ins Leben gerufen und wurde im Dezember 2008 verliehen. Vor dem Hintergrund der äußerst besorgniserregenden Menschenrechtssituation der Sinti und Roma in vielen europäischen Staaten – vor allem in Ost- und Südosteuropa – soll dieser Preis ein Beitrag zur Wahrung und Durchsetzung der Bürgerrechte sowie der Chancengleichheit für die Angehörigen der Sinti- und Roma-Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern sein. Zugleich versteht sich der Preis als ein Signal an die politisch Verantwortlichen sowie an Medien und gesellschaftliche Gruppen in Europa, gegen tief verwurzelte Klischees und Vorurteilsstrukturen vorzugehen, um die alltägliche Ausgrenzung der Minderheit schrittweise zu überwinden. Er soll Politik und Bürger dazu auffordern, aktiv für die tatsächliche Gleichbehandlung von Sinti und Roma und ihre selbstverständliche Einbeziehung in alle Bereiche des öffentlichen Lebens einzutreten.

Mit dem Preis werden Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen vorrangig aus der Mehrheitsbevölkerung ausgezeichnet, die sich der Verantwortung aus der Geschichte stellen und sich in vorbildlicher Weise für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation der Sinti und Roma eingesetzt haben. Bisherige Preisträger waren der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski, die ehem. Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, der damalige Menschenrechtskommissar des Europarates Thomas Hammarberg und der Präsident der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch. 2016 wurde der Preis erstmalig im Europäischen Parlament in Straßburg verliehen. Hauptpreisträger war die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die sich seit vielen Jahren gegen die Diskriminierung der Minderheit in allen Lebensbereichen einsetzt. Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, hielt die Laudatio auf den Preisträger und Ulrike Lunacek, die Vizepräsidentin des Europaparlamentes, sprach ein Grußwort.

- 2 Preisverleihung 2014 an Tilman Zülch, Gesellschaft für bedrohte Völker, und Sonderpreis für die Roma-Jugend-selbstorganisationen Amaro Drom e.V., im Bild der damalige Vorsitzende Emran Elmazi.
/ Award ceremony of 2014 with award-winner Tilman Zülch, Society for Threatened Peoples, and the special award for the Roma Youth Organisation Amaro Drom e.V., pictured: former Chairman Emran Elmazi.
- 3 Preisträgerin 2010 Simone Veil, ehem. Präsidentin des Europaparlaments.
/ Prize-winner of 2010 Simone Veil, former President of the European Parliament.
- 4 Preisträger 2012 Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar des Europarats, und Sonderpreisträger George Lacatus, Präsident der Roma-Journalisten Assoziation.
/ Prize-winner of 2012 Thomas Hammarberg, Human Rights Commissioner of the Council of Europe, and special award-winner George Lacatus, President of the Roma Journalists' Association.
- 5 Mitglieder der Jury des Bürgerrechtspreises, auf dem Foto u.a. Roman Kwiatkowski, Romani Rose, Zoni Weisz, Manfred Lautenschläger, Erwin Teufel, 2009.
/ Members of the civil rights prize jury, pictured inter alia Roman Kwiatkowski, Romani Rose, Zoni Weisz, Manfred Lautenschläger, Erwin Teufel, 2009.
- 6 Preisverleihung 2010 an Simone Veil, und Sonderpreise für Ágnes Daróczy, Roma-Menschenrechtlerin aus Ungarn, und Roma-Jugendliche aus Ostrava (Tschechien), die erfolgreich vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen Diskriminierung und Segregation in der Schule geklagt hatten.
/ Award ceremony of 2010 with Simone Veil, and special awards for Ágnes Daróczy, Roma human rights activist from Hungary, and Roma young people from Ostrava (Czech Republic), who had successfully taken legal action in the European Court of Human Rights against discrimination and segregation in school.
- 7 Der Stifter des Bürgerrechtspreises Manfred Lautenschläger, 2016, Foto: Silviu Muscan.
/ Donor of the civil rights prize Manfred Lautenschläger, 2016, photo: Silviu Muscan.

/ The European Civil Rights Prize of the Sinti and Roma, sponsored by the Manfred Lautenschläger Foundation, was initiated on the occasion of the 10-year anniversary of the establishment of the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma in November 2007. It was awarded for the first time in December 2008. Given the extremely grave human rights situation of Sinti and Roma in many European states, particularly in Eastern and South-Eastern Europe, this prize is intended as a contribution to protect and assert the civil rights and equality of opportunity for Sinti and Roma in their respective home countries. At the same time, the prize should be regarded as a signal to political decision-makers, to the media and society in Europe to act against deeply rooted clichés and structures of prejudice in order to gradually overcome the everyday exclusion of the minority. The prize aims to encourage politicians and citizens to stand up for equal treatment of Sinti and Roma and for their inclusion and participation in all areas of public life.

The prize is awarded to individuals, groups, or institutions primarily from the majority society who face up to the historical responsibility and have committed themselves in exemplary manner to improving the human rights situation of the Sinti and Roma. Previous prize-winners were former Polish Foreign Minister Władysław Bartoszewski, former President of the European Parliament Simone Veil, the then Human Rights Commissioner of the Council of Europe Thomas Hammarberg, and President of the Society for Threatened Peoples Tilman Zülch. In 2016, the prize was awarded for the first time in the European Parliament in Strasbourg. The main prize-winner was the human rights organisation Amnesty International, which has been committed for many years to opposing discrimination against the minority in all areas of life. Thorbjörn Jagland, Secretary General of the Council of Europe, gave the laudatory speech announcing the prize-winner, and Ulrike Lunacek, Vice-President of the European Parliament, gave the welcoming address.

Nach sechzig Jahren: Entschuldigung für ein rassistisches Grundsatzurteil

/After sixty years: an apology for a racist landmark decision



BGH-Präsidentin Bettina Limpberg mit Romani Rose, 2016, Foto: Behar Heinemann.
/ Federal Court of Justice (BGH) President Bettina Limpberg with Romani Rose, 2016, photo: Behar Heinemann.

2



3



4



6



5

Die Rückkehr vieler NS-belasteter Juristen in den Justizapparat der Bundesrepublik spiegelte sich auch in der Rechtsprechung wider. Da eine rassistische Verfolgung vor 1943 verneint wurde, wurden den Holocaust-Überlebenden der Sinti und Roma Entschädigungsansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) versagt. Dies wurde von den Richtern des Bundesgerichtshofs in einem Grundsatzurteil vom 7. Januar 1956 unter Zuhilfenahme von NS-Fachliteratur ausdrücklich bestätigt. Alle staatlichen Verfolgungsmaßnahmen vor 1943 seien legitim gewesen, weil sie von „Zigeunern“ durch „eigene Asozialität, Kriminalität und Wandertrieb“ selbst veranlasst gewesen seien: „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist.“

Diese Rechtsprechung prägte über viele Jahre das gesamte Entschädigungsrecht und wurde zur Niederschlagung von Strafverfahren gegen die SS-Täter herangezogen. Der BGH erkannte zwar 1963 in Abänderung des Urteils den Entschädigungsanspruch an, distanzierte sich aber nicht von der rassistischen Charakterisierung der Minderheit. Der Zentralrat setzte eine Wiederaufnahme der früheren Ablehnungsverfahren durch und erreichte in mehr als 3.500 Einzelfällen Neuentscheidungen der Entschädigungsbehörden mit der Gewährung von vorher versagter Entschädigung für erlittene KZ-Haft, Ausbildungs- und Berufsschäden und die Gewährung von Renten für erlittene Körperschäden.

Anlässlich des 60. Jahrestags des rassistischen Grundsatzurteils aus dem Jahr 1956 arbeitete der Bundesgerichtshof das Urteil in einem gemeinsamen Symposium mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma im Februar 2016 öffentlich auf. BGH-Präsidentin Bettina Limpberg bezeichnete das Urteil als „unvertretbare Rechtsprechung“, die man „nicht schönreden will“ und für die „man sich nur schämen könne“.

- 2 Gemeinsames Symposium von BGH und Zentralrat im Februar 2016 (von links): Dr. Detlev Fischer (Richter am BGH a.D.), Romani Rose, Dr. Helene Bubrowski (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Prof. Dr. Dr. Ingo Müller (Hochschullehrer a.D.), Prof. Dr. Andreas Mosbacher (Richter am BGH), Foto: Behar Heinemann. / The joint symposium of the Federal Court of Justice and Central Council in February 2016 (left to right): Dr Detlev Fischer (former BGH judge), Romani Rose, Dr Helene Bubrowski (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Professor Ingo Müller (former university lecturer), Professor Andreas Mosbacher (BGH judge), photo: Behar Heinemann.
- 3 BGH-Präsidentin Bettina Limpberg beim Besuch im Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, 2015. / Federal Court of Justice President Bettina Limpberg visiting the Documentation and Cultural Centre of German Sinti and Roma in Heidelberg, 2015.
- 4 Vorstandsmitglieder des Zentralrats auf dem Symposium im Februar 2016 (von links): Oswald Marschall, Siegfried Heilig, Jacques Delfeld sen., Reinhold Lagrene, Erich Schneeberger, Foto: Behar Heinemann. / Central Council board members at the symposium in February 2016 (from left to right): Oswald Marschall, Siegfried Heilig, Jacques Delfeld sen., Reinhold Lagrene, Erich Schneeberger, photo: Behar Heinemann.
- 5 Besuch im Dokumentations- und Kulturzentrum, 2015 (von links): Dr. Tobias Quantz (ehemaliger persönlicher Referent der BGH-Präsidentin und Richter am Amtsgericht), Prof. Dr. Mosbacher (Richter am BGH), Bettina Limpberg (BGH-Präsidentin), Romani Rose, Dr. Silvio Peritore, Jacques Delfeld. / Visit to the Documentation and Cultural Centre, 2015 (left to right): Dr Tobias Quantz (former personal assistant to the BGH President and first-instance court judge), Professor Mosbacher (BGH judge), Bettina Limpberg (BGH President), Romani Rose, Dr Silvio Peritore, Jacques Delfeld.
- 6 Justizstaatssekretärin a.D. Dr. Stefanie Hubig, 2016, Foto: Behar Heinemann. / Former Secretary of State for Justice Dr Stefanie Hubig, 2016, photo: Behar Heinemann.

/ The return of many lawyers with a Nazi background to work in the legal system of the federal republic affected the jurisdiction. Since a racial persecution before 1943 was denied Sinti and Roma Holocaust survivors were denied compensation under the Federal Compensation Act (Bundesentschädigungsgesetz, BEG). This position was upheld by the judges in the Federal Court of Justice in a landmark judgement of 7 January 1956, with the help of Nazi expert literature. All state persecution measures before 1943 were allegedly legitimate because they had been provoked by “gypsies” through “their own asocial conduct, criminality and roving spirit”: “They tend, as experience shows, to criminality, particularly to theft and deception, in many cases they lack the moral drive to respect the property of others, because – like primitive prehistoric men – they possess an unrestrained drive for occupation.”

For many years, this judgement had shaped the entire compensation legislation. It was also used to waive criminal proceedings against SS perpetrators. It is true that the Federal Court of Justice acknowledged the claim for compensation in 1963, in an amendment of the judgement, but it did not distance itself from the racist characterisation of the minority. The Central Council achieved a resumption of the earlier denied proceedings, which in over 3,500 individual cases led to new decisions by the compensation authorities. This granted the victims the previously denied compensation for the concentration camp imprisonment and the physical injuries they had suffered, as well as for the incurred loss of training and education.

On the occasion of the 60th anniversary of the racist, principle establishing judgement of 1956, in February 2016, the Federal Court of Justice publicly reappraised that judgement in a joint symposium with the Central Council of German Sinti and Roma. Federal Court of Justice President Bettina Limperg described the judgement as an “unjustifiable judgement”, which “cannot be talked round” and for which “one can only be ashamed”.

„Die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrates und seiner Mitgliedsverbände hat vieles erreicht, die Anerkennung des Völkermordes, die Durchsetzung von Entschädigungen für die Opfer, die Beendigung von Sondererfassung und Diskriminierungen durch staatliche Behörden. Es gibt jedoch keinen Grund, in der Wachsamkeit gegenüber gewaltbarem Rassismus und Diskriminierung nachzulassen. Die Bürgerrechtsarbeit ist notwendiger denn je.“

/“Much has been accomplished with the civil rights work of the Central Council and its member associations: the recognition of the Holocaust, the implementation of the compensation for the victims, the cessation of special registration and discrimination at the hands of state authorities. However, there is no reason to lower our guard against discrimination and violent racism. Civil rights work is more necessary than ever before.”

Romani Rose

ZENTRAL [Deutscher
RAT [Sinti & Roma

© Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg, 2017

www.zentralrat.sintiundroma.de

ISBN 978-3-929446-34-0

Katalog zur Ausstellung „45 Jahre Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma“

/ Catalogue of the exhibition “45 years of civil rights work of German Sinti and Roma”